

Unternehmenssteuerrreform:  
eine Veranlagungssimulation für ostdeutsche  
Industrieunternehmen

*Silke Tober/Christian Schumacher*

Europäische Geldpolitik:  
Einschwenken auf neutralen Kurs

*Wolfram Kempe*

Bildungsstruktur der Ost-West-Migration:  
Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt

*Siegfried Beer*

Branchenskizze: Ostdeutsche  
elektrotechnische Industrie

*Brigitte Loose*

IWH-Bauumfrage im Oktober 1999:  
Geschäftsaussichten über den Jahreswechsel  
hinaus stark abwärtsgerichtet

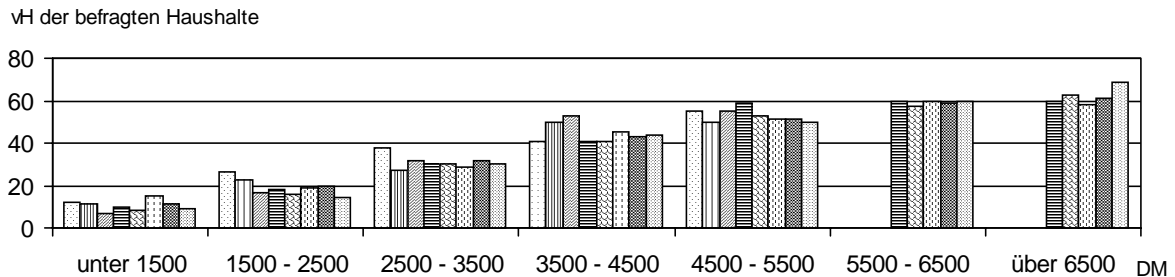
15/1999

24.11.1999, 5. Jahrgang

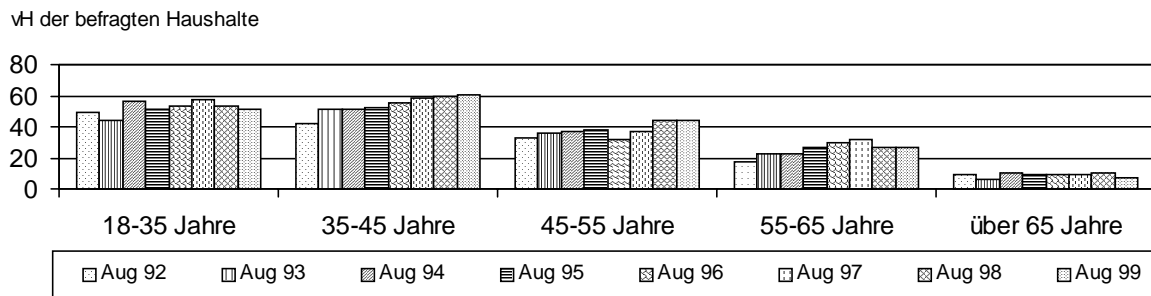
## Aktuelle Trends

### Verschuldungsbereitschaft der ostdeutschen Privathaushalte ändert sich nur langsam

Kreditaufnahme der ostdeutschen Privathaushalte nach ... dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen<sup>a</sup>



dem Alter des Haushaltsvorstandes



<sup>a</sup> Für die oberen Einkommensgruppen liegen Angaben aus den Jahren 1992, 1993 und 1994 nicht vor.

Quelle: Berichtsreihe zur Konsumklimaforschung (Ergebnisse einer quartalsweisen Umfrage in 1.000 Haushalten der neuen Bundesländer), Institut für Marktforschung Leipzig.

Von 1992 bis 1999 hat sich der Anteil der ostdeutschen Haushalte, die mit Krediten belastet sind, von knapp 30 vH auf 34 vH erhöht. Gemessen an den bislang günstigen Bedingungen für die Inanspruchnahme von Krediten sowie dem noch hohen Nachholbedarf bei Wohneigentum ist dies eine eher schwache Verschuldungsdynamik. Nach wie vor sind zwei Drittel der Haushalte der Meinung, daß Anschaffungen erst dann vorgenommen werden sollten, wenn dafür genügend Geld angespart wurde. Zugleich stellen aber 82 vH der Haushalte fest, daß Wohneigentum ohne Kredite nicht zu finanzieren ist. Die Verwendungsstruktur der aufgenommenen Kredite hat sich dahingehend geändert. So wurde im Jahr 1992 rund die Hälfte der Kredite für die Anschaffung von Personenkraftwagen aufgewendet und ein Drittel für Bau- und Modernisierungsvorhaben bzw. für den Kauf von Wohnungen eingesetzt. Im Jahr 1999 hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Damit verbunden ist eine Erhöhung des Kreditvolumens. So hat sich lt. amtlicher Statistik die Verschuldungssumme der über Haus- und Grundbesitz verfügenden Haushalte in den neuen Bundesländern im Jahr 1998 gegenüber 1993 mehr als verdreifacht.

Die Kreditaufnahme der Haushalte ist stark einkommens- und altersabhängig. Die Haushalte mit dem höchsten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen nehmen am häufigsten Kredite auf, wohl auch wegen der gegebenen Sicherheiten. Bei jungen Haushalten stehen die Kredite für die PKW-Anschaffung im Vordergrund; bei Haushalten im mittleren Alter, die über höhere Einkommen und Geldvermögen verfügen, dagegen Kredite für den Kauf und die Modernisierung von Eigenheimen.

Ruth Grunert (rgr@iwh.uni-halle.de)

# Unternehmenssteuerreform: eine Veranlagungssimulation für ostdeutsche Industrieunternehmen

Zum 1. Januar 2001 ist eine Unternehmenssteuerreform geplant. Neben der mit einer Tarifsenkung verbundenen Entlastung enthält sie auch Gegenfinanzierungsmaßnahmen, die in einer Belastung resultieren. Die konkret von der Regierung diskutierten Maßnahmen werden nachstehend in einer Veranlagungssimulation für ein ostdeutsches Modellunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes untersucht. Dabei zeigen sich folgende Auswirkungen:

Bei isolierter Betrachtung der tariflichen Maßnahmen kommt es, wie erwartet, zumeist zu einer Entlastung des Unternehmens. Diese Entlastung ist bei Personengesellschaften für große Unternehmen relativ stärker als für kleine Unternehmen. Durch die Einführung des Halbeinkünfteverfahrens stehen Steuerpflichtige mit einem hohen persönlichen Grenzsteuersatz nach der Reform einer geringeren Steuerbelastung gegenüber, während die Belastung für Steuerpflichtige mit einem niedrigen Steuersatz steigen wird.

Die vorgesehenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen werden generell jene Unternehmen stärker belasten, die sich aufgrund hoher Investitionen und eines hohen Bestandes an Sachanlagen zuvor durch steuerliche Abschreibungen Liquidität zuführen konnten. Die in der Simulation unterstellte Unternehmensstruktur weist aber gerade diese beiden Merkmale – eine hohe Investitionsintensität und einen hohen Sachkapitalbestand – als charakteristisch für ostdeutsche Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes aus.

Die Gegenfinanzierungsmaßnahmen treffen kleine Unternehmen, die in Ostdeutschland überproportional vertreten sind, in gleicher Weise wie große Unternehmen. Da die kleinen Unternehmen von der tariflichen Entlastung jedoch nicht so stark profitieren, stehen sie per saldo einer Mehrbelastung gegenüber. Die Vorschläge werden bei Personengesellschaften, die 80 vH der ostdeutschen Unternehmen stellen, zumindest für Steuerpflichtige mit niedrigem Einkommen mit unbilligen Härten verbunden sein.

Die einzelnen Elemente der Unternehmenssteuerreform haben daher eine besondere Brisanz für den ostdeutschen Unternehmensbestand. Dieses Argument sollte bei den laufenden Planspielen der Bundesregierung einen gebührenden Platz einnehmen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, eine Reform der Unternehmensbesteuerung durchzuführen.<sup>1</sup> Ziel der Reform ist es, die hohe nominale Steuerbelastung der Unternehmen zu senken, um so die Rahmenbedingungen zu verbessern. Eine Tarifsenkung ist mit Einnahmeausfällen für den Fiskus verbunden.<sup>2</sup> Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte erfordert daher eine Gegenfinanzierung, wozu die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, d. h. die Einschränkung von Ausnahmetatbeständen, geplant ist. Die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme dieser Ausnahmetatbestände richten sich nach der Struktur des Unternehmens und damit nach Branche, Alter, Größe und anderen Merkmalen. Somit ist es nicht möglich, eine Steuerbelastung zu bestimmen, die für alle Unternehmen gleichermaßen gilt. Soll neben dem Tarif auch die Bemessungsgrundlage in die Bestimmung der effektiven Steuerbelastung einbezogen werden, ist es notwendig, ein Modellunternehmen zu konstruieren und auf dieser Grundlage die Steuerveranlagung zu simulieren.

## **Finanzstruktur eines ostdeutschen Unternehmens im Verarbeitenden Gewerbe**

Die Grundvoraussetzung einer Veranlagungssimulation ist die Abbildung der Ertrags- und Finanzlage. Daten hierzu sind der amtlichen Statistik kaum zu entnehmen.<sup>3</sup> Angaben über die finanzwirtschaftliche Situation von Unternehmen findet man in der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.<sup>4</sup> Seit 1964 wertet die Deutsche Bundesbank Jahresabschlüsse nichtfinanzieller Un-

<sup>1</sup> Zu den nachfolgend analysierten Vorschlägen vgl. KOMMISSION ZUR REFORM DER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG: Brühler Empfehlungen zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Brühl 1999. – BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN: Deutschland erneuern, Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Sicherheit. Bonn 1999.

<sup>2</sup> Einnahmeausfälle sind mit einer Tarifsenkung immer dann verbunden, wenn die durch die verbesserte Allokation bedingten Selbstfinanzierungseffekte kleiner sind als die Steuerausfälle, mithin der linke Zweig der Laffer-Kurve gilt.

<sup>3</sup> So bildet die Kostenstrukturstatistik des Statistischen Bundesamtes nur die leistungswirtschaftliche Sphäre von Unternehmen ab und ist für die vorliegende Fragestellung nicht geeignet.

<sup>4</sup> Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK, diverse Monatsberichte. Darüber hinaus gibt es Auswertungen einiger Kreditinstitute, die dann aber auf den Kundenkreis des jeweiligen Instituts zugeschnitten sind.

ternehmen, die ihr in Zusammenhang mit dem Rediskontgeschäft zugegangen sind, aus. Seit 1993 wird eine solche Statistik auch für Unternehmen in den neuen Bundesländern aufgestellt. Leider sind die in dieser Statistik enthaltenen Daten lediglich Branchendurchschnitte,<sup>5</sup> die größen- und rechtsformspezifische Besonderheiten nicht mehr abbilden, was insbesondere dann von Nachteil ist, wenn die Unternehmen eine starke Streuung aufweisen.<sup>6</sup>

Tabelle 1 zeigt die aus der Unternehmensbilanzstatistik abgeleitete Struktur des Jahresabschlusses eines ostdeutschen Unternehmens im Verarbeitenden Gewerbe. Es ist ersichtlich, daß die Finanzstruktur eines ostdeutschen Unternehmens des Verarbeitenden Gewerbes deutlich von der Struktur eines westdeutschen Unternehmens dieses Wirtschaftsbereichs abweicht. Dies gilt insbesondere für die Aktivseite der Bilanz. Der hohe Anteil der Sachanlagen, den die Unternehmen der neuen Bundesländer im Durchschnitt aufweisen, spiegelt die Entscheidung der Unternehmen wider, ihre beschränkten finanziellen Mittel vorrangig für den Aufbau eines Kapitalstocks zu verwenden. Aber auch die steuerliche Förderpolitik dürfte dessen Höhe beeinflussen. Die Kehrseite des hohen Sachkapitalanteils ist das geringe Gewicht des finanziellen Überbaus. Viele ostdeutsche Unternehmen sind Tochterunternehmen und bauen keine eigene Finanzposition auf. Hinzu kommt, daß dem Basisjahr 1997 gesamtdeutsch ein Jahr mit schwacher Ertragslage voranging, was wiederum den Aufbau von Forderungspositionen erschwert haben dürfte. Der schwache finanzielle Überbau auf der Aktivseite korrespondiert mit dem geringen Anteil des Fremdkapitals auf der Passivseite. Außerdem macht sich hier die hohe Abhängigkeit der ostdeutschen Unternehmen von Bankkrediten bemerkbar. Hinzuweisen ist auch auf die geringe Höhe der Rückstellungen und hier speziell der Pensionsrückstellungen. Die ostdeutschen Unternehmen

hatten noch keine Gelegenheit, ähnlich hohe Positionen aufzubauen wie die westdeutschen Unternehmen, was insbesondere im Hinblick auf den langfristigen Charakter dieser Fremdkapitalien zu beachten ist. Aus dem geringen Fremdkapitalanteil folgt, daß der Eigenkapitalanteil ostdeutscher Unternehmen höher ist als der westdeutscher Unternehmen. Aber auch der vergleichsweise größere Anteil von Kapitalgesellschaften in den neuen Bundesländern trägt dazu bei. Kapitalgesellschaften weisen in der Regel eine höhere Eigenkapitalquote als Personengesellschaften auf, da letzere oft aus steuer- und haftungsrechtlichen Gründen der Sache nach dem Betrieb zuzuordnende Vermögensgegenstände im Privatvermögen halten.

Mit den Abweichungen in den Bilanzposten ost- und westdeutscher Unternehmen korrespondieren die Unterschiede in den einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung. Die kräftige Investitionstätigkeit in den Jahren nach der deutschen Vereinigung führt dazu, daß die steuerlichen Abschreibungen auf Sachanlagen in den neuen Bundesländern doppelt so hoch sind wie in den alten.<sup>7</sup> Der höhere Anteil des Materialaufwands erklärt sich aus der geringeren Fertigungstiefe, der schlankeren sowie der wertschöpfungsärmeren Produktion in ostdeutschen Unternehmen.<sup>8</sup> Der niedrigere Anteil des Personalaufwands ist zum einen auf den Personalabbau in den vorangegangenen Jahren und zum anderen auf das der niedrigeren Produktivität angepaßte effektive Lohnniveau zurückzuführen. Der sich ergebende Jahresüberschuß und damit einhergehend auch die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind geringer als im Westen. Zu dem niedrigeren Jahresüberschuß dürfte auch beigetragen haben, daß die ostdeutschen Unternehmen noch erhebliche Preiszugeständnisse leisten müssen, wenn sie sich gegenüber eingeführten westdeutschen Produkten behaupten wollen.<sup>9</sup>

Die aus dem Jahresabschluß abgeleitete Struktur für ein ostdeutsches Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wird nachfolgend sowohl für die Veranlagung der Kapitalgesellschaften als auch für die Veranlagung der Personengesellschaften un-

<sup>5</sup> Eine tiefergehende Aufbereitung der Daten liefert die Bundesbank nur im Sonderdruck Nummer 6, der in größeren Zeitabständen erscheint. Eine aktualisierte Fassung dieses Sonderdrucks ist soeben vorgelegt worden und bietet Möglichkeiten für weitere Untersuchungen.

<sup>6</sup> Da die Jahresabschlüsse der Bundesbank in Zusammenhang mit dem Rediskontgeschäft zugehen, wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß es sich hier um besonders leistungsstarke Unternehmen handelt. Dem widerspricht die Bundesbank unter Verweis auf die durchschnittliche Insolvenzhäufigkeit der einbezogenen Unternehmen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß die eingereichten Jahresabschlüsse überdurchschnittlich häufig von großen Unternehmen und Kapitalgesellschaften stammen.

<sup>7</sup> In diese Richtung wirkt sicherlich auch, daß die Sonderabschreibungen zur Förderung des Aufbaus Ost 1997 zwar bereits eingeschränkt, aber noch wirksam waren.

<sup>8</sup> DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatsbericht Juni 1999, S. 84 f.

<sup>9</sup> Vgl. DIW, IfW, IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. 19. Bericht, in: IWH-Forschungsreihe 5/1999, S. 151 ff.

Tabelle 1:

## Struktur des Jahresabschlusses eines Unternehmens im Verarbeitenden Gewerbe: Ost- und Westdeutschland im Vergleich

## a) Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung (in Prozent der Gesamtleistung)

	Ostdeutschland (Basis 1997)		Westdeutschland (Basis 1996)	
	Verarbeitendes Gewerbe	Alle Unternehmen	Verarbeitendes Gewerbe	Alle Unternehmen
Summe der Erträge	109,7	106,5	105,8	104,9
Gesamtleistung	100	100	100	100
Zinserträge	0,5	0,4	0,7	0,6
Übrige Erträge	9,2	6,1	5,1	4,3
Summe der Aufwendungen	108,9	106,0	104,0	103,5
Materialaufwand	61,8	69,4	53,3	62,6
Personalaufwand	19,8	16,0	23,8	19,0
Steuerliche Abschreibungen	7,8	5,6	4,3	3,7
Zinsaufwendungen	2,0	1,8	1,2	1,3
Steuern	1,2	0,8	5,1	3,2
Übrige Aufwendungen	16,3	12,4	16,3	13,7
<i>Jahresüberschuß (Erträge – Aufwendungen)</i>	<i>0,8</i>	<i>0,5</i>	<i>1,8</i>	<i>1,4</i>

## b) Struktur der Bilanz (in Prozent der Bilanzsumme)

	Ostdeutschland (Basis 1997)		Westdeutschland (Basis 1996)	
	Verarbeitendes Gewerbe	Alle Unternehmen	Verarbeitendes Gewerbe	Alle Unternehmen
Vermögen				
Sachanlagen	46,3	40,7	23,2	24,3
Vorräte	16,5	22,7	21,2	23,9
Kassenmittel	3,9	4,1	4,9	5,2
Forderungen	27,0	27,8	31,7	32,1
Wertpapiere	0,9	0,6	2,8	2,9
Beteiligungen	5,2	3,7	16,0	11,3
Rechnungsabgrenzungsposten	0,3	0,4	0,3	0,4
Kapital				
Eigenmittel	31,0	24,6	23,7	17,9
Verbindlichkeiten	57,8	65,8	49,4	60,0
Rückstellungen	11,1	9,5	26,7	21,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1	0,2	0,3

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte Juni 1999 und November 1998.

terstellt. Modifikationen sind jedoch in zweifacher Hinsicht notwendig. Ein grundlegender Unterschied bei der Gewinnermittlung besteht in der Entlohnung des Managements. Während eine Kapitalgesellschaft das Geschäftsführergehalt als Betriebsausgabe im Personalaufwand der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchen kann, stellt die entsprechende Entlohnung des Unternehmers bei der Personengesellschaft eine Gewinnentnahme dar, die den steuerlichen Jahresüberschuß erhöht. Zur Ver-

gleichbarkeit beider Rechtsformen wird in Anlehnung an amtliche Statistiken angenommen, daß das Geschäftsführergehalt und der kalkulatorische Unternehmerlohn jeweils 85.000 DM betragen. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist entsprechend angepaßt. Bei beiden Rechtsformen wird allerdings wie üblich unterstellt, daß der (darüber hinausgehende) Gewinn vollständig ausgeschüttet wird. Eine zweite Abweichung resultiert aus den zu entrichtenden Steuern.

### Steuerveranlagung von Kapitalgesellschaften: Tarif ...

Für die Veranlagung ohne Reform wird unterstellt, daß alle Stufen des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 in Kraft sind. Der Thesaurierungssatz der Körperschaftsteuer beträgt 40 vH, der Steuersatz auf ausgeschüttete Gewinne 30 vH und der Solidaritätszuschlag 5,5 vH. Bei der Gewerbesteuer ist ein durchschnittlicher Hebesatz von 380 vH angenommen. Die Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft nach geltendem Recht ist für den Fall der vollständigen Thesaurierung und der Vollausschüttung an die Anteilseigner in Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 2:  
Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft in vH des Jahresüberschusses<sup>a</sup>

Nach geltendem Steuerrecht	
Jahresüberschuß in Relation zur Gesamtleistung	1,0 <sup>b</sup>
Steuerbelastung bei vollständiger Thesaurierung	51,4
Steuerbelastung bei Vollausschüttung	39,0
Nach der Reform ohne Gegenfinanzierung	
Jahresüberschuß in Relation zur Gesamtleistung	1,0 <sup>b</sup>
Steuerbelastung bei Thesaurierung	40,4
Nach der Reform mit Gegenfinanzierung	
Jahresüberschuß in Relation zur Gesamtleistung	2,1
Steuerbelastung bei Thesaurierung	40,4

<sup>a</sup> Einschließlich Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. – <sup>b</sup> Die Verhältniszahl weicht von der in der Bilanzstruktur angegebenen Relation aufgrund der oben aufgeführten Bereinigungen und dem Abzug der Gewerbesteuer ab.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Die Steuerreform enthält sowohl Elemente, die den Tarif als auch die Bemessungsgrundlage betreffen. Beim Tarif ist eine Reduktion des Steuersatzes auf 25 vH vorgesehen. Unter der Annahme, daß keine Änderungen bei der Gewerbesteuer und dem Solidaritätszuschlag vorgenommen werden, ergibt sich eine steuerliche Belastung von 40,4 vH solange die Gewinne im Unternehmen thesauriert werden. Es kommt somit zu einer Reduktion der steuerlichen Belastung um 11 Prozentpunkte.

### ... Gegenfinanzierung ...

Da die Unternehmenssteuerreform nicht losgelöst von den mit ihr verbundenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen beurteilt werden kann, wird in einem zweiten Schritt die Änderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage modelliert. Hinsichtlich der Gegenfinanzierung sind vorwiegend Maßnahmen zur Verschärfung der Abschreibungsbedingungen geplant.<sup>10</sup> So soll die degressive Abschreibung von jetzt maximal 30 vH auf maximal 20 vH gesenkt werden. Außerdem soll die Nutzungsdauer für bebaute Grundstücke und Bauten von heute 25 Jahren auf 30 Jahre erhöht werden.<sup>11</sup> Wie bereits aus der Struktur des Jahresabschlusses hervorgeht, sind die Abschreibungen bei den Unternehmen in den neuen Bundesländern (gemessen an der Gesamtleistung) ungefähr doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Eine Veränderung der Abschreibungsbedingungen wird daher für die ostdeutschen Unternehmen von größerer Bedeutung sein.

Die Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank bietet für die Abschreibungen leider nur eine aggregierte Größe. Da die steuerlichen Regelungen differenziert sind, war es für die Simulation notwendig, die Abschreibungen entsprechend aufzuspalten. Die Produktionsstatistik des Statistischen Bundesamtes weist für jedes Jahr die Neuinvestitionen der Unternehmen nach den Gruppen Grundstücke ohne Bauten, bebaute Grundstücke und Bauten sowie Maschinen, maschinelle Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung aus.<sup>12</sup> Beginnend mit dem Basisjahr 1991 sind die Neuinvestitionen eines jeden Jahres differenziert nach Gruppen entnommen worden. Über das Verhältnis zur Gesamtleistung wurden so die Sachanlageinvestitionen des durchschnittlichen ostdeutschen Unternehmens berechnet. Bezüglich der Abschreibungen ist davon ausgegangen worden, daß das Unternehmen die steuerlich möglichen Abschreibungen, in jedem Jahr voll ausnutzt. Bei den beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens

<sup>10</sup> Die Streichung der Kappungsgrenze nach § 32c EStG setzt am Tarif an. Sie wird bei der Besteuerung der Personengesellschaften (Optionslösung) berücksichtigt.

<sup>11</sup> Es ist auch geplant, die den AfA-Tabellen zugrundeliegenden Nutzungsdauern den technischen Verhältnissen anzupassen, d. h. sie zu verlängern. Diese Maßnahmen sind nicht berücksichtigt, da ihre konkrete Ausgestaltung nach wie vor unklar ist.

<sup>12</sup> STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 4, Reihe 4.2.1, diverse Jahrgänge.

wird angenommen, daß die degressive Abschreibung praktiziert worden ist, solange die nach dieser Methode berechneten Abschreibungen höher sind als die nach der linearen Methode vorzunehmenden Abschreibungen, und daß ein Methodenwechsel erfolgt ist, sobald dies nicht mehr der Fall ist. Als Nutzungsdauer wird für diese Güter eine Laufzeit von sieben Jahren festgelegt. Wird unter diesen Annahmen eine Relation der Abschreibungen an der Gesamtleistung berechnet, so ergibt sich ein Anteil von 7,71 vH. Der aus der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank resultierende Anteil liegt bei 7,78 vH. Unterstellt man jetzt die beschriebene Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten, so sinkt der hergeleitete Anteil von 7,71 vH auf 6,62 vH. Bei der unterstellten Unternehmensstruktur verdoppelt sich der Jahresüberschuß nahezu. Tabelle 2 gibt die Steuerbelastung als Prozentsatz der nach neuem Recht geltenden Bemessungsgrundlage an, die weiterhin bei 40,4 vH liegt.

Auch wenn dieses Ergebnis stark von der unterstellten Unternehmensstruktur abhängt, so ist die Wirkungsrichtung der Reform doch eindeutig. Unternehmen mit einem hohen Sachkapitalbestand und einem überdurchschnittlichen Investitionsvolumen werden im Veranlagungszeitraum einer höheren steuerlichen Belastung ausgesetzt.

### ... Ebene der Anteilseigner

Bei der Ausschüttung von Gewinnbestandteilen wird nach geltendem Recht das Anrechnungsverfahren praktiziert. Dieses Verfahren stellt sicher, daß die auf den Ausschüttungen ruhende Körperschaftsteuer bei der Einkommensteuerveranlagung des Anteilseigners berücksichtigt wird. Solange nur Körperschaft- und Einkommensteuer betrachtet werden, ist es letztendlich der persönliche Grenzsteuersatz des Eigners, der die auf den Gewinnbestandteilen liegende Steuerlast bestimmt. Dies ist die übliche Betrachtungsweise, wenn die allokativen Wirkungen der Körperschaftsteuer untersucht werden. Hier interessiert aber die gesamte Belastung des unternehmerischen Gewinns. Daher werden die Gewerbesteuer und der Solidaritätszuschlag einbezogen, und als Bezug wird der steuerliche Jahresüberschuß vor Gewerbesteuer gewählt. Für Zwecke der Vergleichbarkeit wird außerdem angenommen, daß der Sparerfreibetrag des Anteilseigners – 3.000 DM für ledige, 6.000 DM für verheiratete Steuerpflichtige – vollständig für Dividendenzahlungen zur Verfügung steht. Die tatsächliche Steuerbelastung variiert damit mit dem

Familienstand des Anteilseigners. Außerdem variiert sie mit der Höhe der Ausschüttung. Deshalb wird die Steuerbelastung für Unternehmen mit alternativer Gesamtleistung kalkuliert, wobei angenommen wird, daß der jeweilige Grenzsteuersatz für die Gesamtheit der Anteilseigner gilt. Für die Fälle eines persönlichen Grenzsteuersatzes in Höhe des Eingangsteuersatzes, eines Steuersatzes von 35 vH und des Spitzensteuersatzes gibt Tabelle 3 die tatsächliche Steuerbelastung wieder.

Wird die Ebene des Anteilseigners einbezogen, ist das Anrechnungsverfahren nach der Reform durch das Halbeinkünfteverfahren zu ersetzen. Nach diesem Verfahren werden die ausgeschütteten Beträge zur Hälfte bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens des Anteilseigners berücksichtigt, wobei die Sparerfreibeträge anzurechnen sind. Unter der Annahme, daß die Sparerfreibeträge vollständig für diese Einkunftsart zur Verfügung stehen, zeigen der zweite und dritte Teil der Tabelle 3 die steuerliche Belastung der ausgeschütteten Gewinnbestandteile.

Solange die Gewerbesteuer und der Solidaritätszuschlag vernachlässigt werden, führt das Anrechnungsverfahren dazu, daß es der persönliche Grenzsteuersatz des Anteilseigners ist, der die steuerliche Belastung determiniert, während es mit dem Halbeinkünfteverfahren der Unternehmenssteuersatz und der halbe Steuersatz des Anteilseigners ist, der die tatsächliche Steuerbelastung dominiert. Insbesondere Anteilseigner mit niedrigem Grenzsteuersatz erfahren durch die Einführung des Halbeinkünfteverfahrens eine deutlich höhere Steuerbelastung. Bezogen auf den Jahresüberschuß vor Gewerbesteuer steigt die Steuerbelastung aber für alle Anteilseigner – unabhängig von ihrem Grenzsteuersatz. Außerdem wird die Tatsache, daß die Einkünfte aus Dividenden jetzt mit anderen Kapitaleinkünften um die Sparerfreibeträge konkurrieren und daß diese Freibeträge durch das Halbeinkünfteverfahren für Einkünfte aus Unternehmensanteilen quasi verdoppelt werden<sup>13</sup>, zu allokativen Verzerrungen führen.

Betrachtet man die Ebene des Unternehmens und des Anteilseigners zusammen, so wird deutlich, daß ein Lock-In-Effekt entsteht. Solange die Gewinnbestandteile im Unternehmen verbleiben, werden sie niedriger besteuert, erst wenn sie an die Anteilseigner ausgeschüttet werden, tritt eine Nachbelastung ein. Die Ausschüttungen werden

<sup>13</sup> Die Sparerfreibeträge sind allerdings im Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 halbiert worden.

Tabelle 3:

Steuerliche Belastung auf Ebene des Anteilseigners in vH des Jahresüberschusses<sup>a</sup>

Gesamtleistung	1 Mio.	5 Mio.	10 Mio.	15 Mio.	25 Mio.	50 Mio.
<i>Ohne Reform (Anrechnungsverfahren)</i>						
Grenzsteuersatz	Tatsächliche Steuerbelastung des ledigen/verheirateten Anteilseigners					
19,9 vH	23,2/20,2	25,6/25,0	25,9/25,6	26,0/25,8	26,0/25,9	26,1/26,0
35 vH	26,7/19,3	31,8/29,5	32,4/30,7	32,6/31,2	32,8/31,5	32,9/31,8
48,5 vH	29,8/19,5	37,1/34,2	38,1/36,1	38,4/36,7	38,6/37,2	38,8/37,6
<i>Mit Reform (Halbeinkünfteverfahren) ohne Gegenfinanzierung</i>						
Grenzsteuersatz	Tatsächliche Steuerbelastung des ledigen/verheirateten Anteilseigners					
19,9 vH	40,4/40,4	42,8/42,3	43,2/42,9	43,3/43,1	43,4/43,3	43,5/43,4
35 vH	40,4/40,4	45,7/44,4	46,4/45,7	46,6/46,2	46,8/46,5	46,9/46,8
48,5 vH	40,4/40,4	48,2/46,2	49,1/48,2	49,5/48,8	49,7/49,3	49,9/49,7
<i>Mit Reform (Halbeinkünfteverfahren) mit Gegenfinanzierung</i>						
Grenzsteuersatz	Tatsächliche Steuerbelastung des ledigen/verheirateten Anteilseigners					
19,9 vH	42,0/40,5	43,2/42,9	43,4/43,2	43,4/43,3	43,5/43,4	43,5/43,5
35 vH	43,9/40,6	46,4/45,8	46,7/46,4	46,9/46,6	46,9/46,8	47,0/46,9
48,5 vH	45,4/40,8	49,2/48,2	49,7/49,2	49,8/49,5	49,9/49,7	50,0/49,9

<sup>a</sup> Einschließlich Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Quelle: Berechnungen des IWH.

dadurch tendenziell sinken, und die Anteilseigner werden den Ertrag aus Unternehmensanteilen stärker über Wertsteigerungen realisieren als über Dividendenzahlungen.<sup>14</sup> Die geringeren Ausschüttungen werden mit einer Reinvestition der Gewinne in Sach- oder Finanzanlagen einhergehen. Spiegelbildlich zu den gesunkenen Ausschüttungen wird so die Selbstfinanzierung der Unternehmen aus steuerlichen Gründen bevorzugt, was wiederum die Allokationsfunktion des Kapitalmarktes negativ beeinflussen wird.<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Die Brühler Kommission hat bereits in ihren Vorschlägen ausgeführt, daß sie es nach einer solchen Reform für notwendig erachtet, die steuerlichen Regelungen hinsichtlich der Veräußerung von Unternehmensanteilen zu verschärfen. Vgl. KOMMISSION ZUR REFORM DER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG: Brühler Empfehlungen zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Brühl 1999.

<sup>15</sup> Die beabsichtigten Steuerrechtsänderungen können für ostdeutsche Unternehmen noch eine weitere Mehrbelastung mit sich bringen. Körperschaften sind verpflichtet, ihr Eigenkapital nach der auf ihm liegenden Steuerbelastung in einer Gliederungsrechnung darzustellen. Damit soll gewährleistet werden, daß die sich bei späterer Ausschüttung ergebende Körperschaftsteuererminderung berechnet werden kann. Wird jetzt vom alten System auf das neue übergegangen, so müssen die verschiedenen Eigenkapitalposten übergeleitet werden. Es wurde diskutiert, bei Wegfall des Anrechnungsverfahrens eine Nachversteuerung durchzuführen. Bei ostdeutschen Unternehmen hat das aus unversuerten Beträgen gebildete Eigenkapital wegen der Inve-

### **Steuerveranlagung der Personengesellschaften ohne Reform ...**

Anders als Kapitalgesellschaften unterliegen Personengesellschaften der Einkommensbesteuerung beim Anteilseigner, d. h. die entstandenen Gewinne werden von vornherein mit dem persönlichen Einkommensteuersatz des Unternehmers belastet. Für Einkünfte aus Gewerbebetrieb ist allerdings eine Kappung des Einkommensteuertarifs bei einer Grenze von 43 vH vorgesehen.<sup>16</sup> Die Belastung der Unternehmensgewinne mit Einkommensteuer hat zur Folge, daß es durch die Progression zu unterschiedlichen Belastungen in Abhängigkeit von der Höhe der Einkünfte kommt. Um diese Wirkungen abzubilden, ist die steuerliche Belastung für unterschiedliche Gesamtleistungen berechnet worden. Die Besteuerung nach dem Einkommensteuertarif hat auch zur Folge, daß die steuerliche Belastung vom Familienstand des

stitionszulage ein sehr hohes Gewicht. Kommt es tatsächlich zu einer Nachversteuerung, trifft dies vor allem die Unternehmen, die aufgrund einer verstärkten Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern in der Vergangenheit besonders gefördert worden sind.

<sup>16</sup> Diese Grenze ist eine Folge der Trennung der Spitzensteuersätze in der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer und soll verhindern, daß Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften unverhältnismäßig hoch belastet werden.



Tabelle 4:  
Steuerbelastung einer Personengesellschaft nach geltendem Steuerrecht<sup>a</sup>

Gesamtleistung	1 Mio.	5 Mio.	10 Mio.	15 Mio.	25 Mio.	50 Mio.
Steuerlicher Jahresüberschuß in DM	98.027	150.136	215.272	280.408	410.680	736.360
Steuerbelastung in vH des Jahresüberschusses:						
Lediger Unternehmer	29,7	37,8	43,2	46,1	49,2	52,1
Verheirateter Unternehmer	18,8	27,6	35,4	40,1	45,1	49,8

<sup>a</sup> Einschließlich Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Eigentümers abhängt. Bei der Veranlagungssimulation wird unterstellt, daß ein lediger Steuerpflichtiger Sonderausgaben in Höhe von 5.000 DM und ein verheirateter Steuerpflichtiger in Höhe von 10.000 DM geltend machen kann. Für die Gewerbesteuerberechnung wird der Staffeltarif herangezogen. Der Solidaritätszuschlag beträgt 5,5 vH. Tabelle 4 zeigt die sich bei diesen Annahmen ergebende steuerliche Belastung ohne Reform.

Ein Ziel der Reform ist eine rechtsformunabhängige Besteuerung. Erreicht werden soll dies dadurch, daß die in Personen- und Kapitalgesellschaften entstandenen Gewinne gleich hoch belastet werden, solange die Gewinne im Unternehmen verbleiben. Erfolgt eine Entnahme, soll die Nachversteuerung einsetzen. Über die konkrete Ausgestaltung dieser Nachversteuerung herrscht noch Unklarheit. Zwei Modelle sind in der Diskussion.

#### **... und mit Reform: Optionsmodell ...**

Das erste Modell ist das Optionsmodell. Dem jeweiligen Personenunternehmen soll die Wahl überlassen werden, ob es sich wie eine Kapitalgesellschaft behandeln lassen will oder ob es weiter nach Einkommensteuerrecht veranlagt werden möchte. Unternehmen, die sich für die Option entscheiden, sind dann in jeder Hinsicht wie eine Kapitalgesellschaft zu besteuern, d. h. beispielsweise auch bei der Gewerbesteuer oder der Verrechenbarkeit von Verlusten. Das Modell erfordert, daß für den Unternehmer die Möglichkeit geschaffen wird, zivilrechtlich Verträge mit sich selbst zu schließen. In der Simulation wird davon ausgegangen, daß der Unternehmer sich selbst ein als Betriebsausgabe absetzbares Gehalt in Höhe von 85.000 DM zahlt. Da der Unternehmer jetzt zivilrechtlich wie ein Arbeitnehmer gestellt ist, ist außerdem eine Werbungskostenpauschale angesetzt. Der (restliche) Gewinn wird vollständig entnommen. Wie bei den Kapitalgesellschaften ist hierbei das Halbeinkünfteverfahren anzuwenden. Wieder ist unterstellt, daß die Sparerfreibeträge vollständig für

Einkünfte aus Unternehmertätigkeit zur Verfügung stehen. Als Gegenfinanzierungsmaßnahme der Steuerreform ist die Abschaffung der Tarifbegrenzung nach § 32c EStG vorgesehen. Die Veranlagung der Unternehmen, die sich gegen die Option entschieden haben, erfolgt somit über die volle Höhe des Einkommensteuertarifs. Für die Unternehmen, die die Optionslösung gewählt haben, ist die steuerliche Belastung auf den Jahresüberschuß zuzüglich Unternehmergehalt bezogen worden.

Es zeigt sich, daß es für die kleinen Unternehmen deutlich günstiger ist, gegen die Optionslösung zu votieren. Für diese Unternehmen ändert sich dann die Steuerbelastung durch die Unternehmenssteuerreform gegenüber der geltenden Rechtslage nicht. Unterstellt man die vollständige Ausschüttung des Gewinns an den Anteilseigner, ist es auch für größere Unternehmen günstiger, sich gegen die Optionslösung zu entscheiden. Beachtet man hingegen die Steuerbelastung solange der Gewinn im Unternehmen belassen wird, lohnt sich für große Unternehmen die Optionslösung. Für das einzelne Unternehmen bedeutet dies aber, daß es sich im Zeitpunkt der Festlegung nicht nur einer erheblichen Unsicherheit über die zukünftige Geschäftsentwicklung gegenüber sieht, sondern ebenso seine (zukünftige) Größe und seine beabsichtigte Entnahmepolitik in Rechnung zu stellen hat. Für kleine Unternehmen bedeutet dies auch, daß sich bei einer „richtigen“ Entscheidung im besten Fall nichts gegenüber der Situation vor der Reform ändert.

Wird die Optionslösung gewählt, entsteht wie bei den Kapitalgesellschaften ein Lock-In-Effekt. Da es nach geltendem Recht oftmals günstiger ist, Vermögensgegenstände im Privatvermögen zu halten, sind erhebliche Umschichtungen zu erwarten. Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang, daß es organisatorisch schwierig sein wird, die persönliche und die betriebliche Sphäre des Unternehmers für steuerliche Belange eindeutig zu trennen. Den verwaltungstechnischen Schwierigkeiten stehen mit steigendem persönlichen Einkommen

Tabelle 5:  
Steuerbelastung einer Personengesellschaft nach dem Optionsmodell<sup>a</sup>

Gesamtleistung	1 Mio.	5 Mio.	10 Mio.	15 Mio.	25 Mio.	50 Mio.
<b>Ohne Option</b>						
Steuerlicher Jahresüberschuß in DM	98.027	150.136	215.272	280.408	410.680	736.360
Steuerbelastung in vH des Jahresüberschusses:						
Lediger Unternehmer	29,7	39,3	45,7	49,1	52,7	56,1
Verheirateter Unternehmer	18,8	27,6	35,4	40,9	47,1	53,0
<b>Mit Option</b>						
Steuerlicher Jahresüberschuß in DM	10.087	50.435	100.871	151.306	252.177	504.354
Unternehmergehalt in DM	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000
Steuerbelastung in vH des Jahresüberschusses:						
Bei Thesaurierung <sup>b</sup>	40,4	40,4	40,4	40,4	40,4	40,4
Bei Vollausschüttung						
Lediger Unternehmer <sup>b</sup>	247,0	92,2	73,5	67,5	62,8	59,2
Verheirateter Unternehmer <sup>b</sup>	157,0	69,2	59,6	56,6	54,6	54,3

<sup>a</sup> Einschließlich Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. – <sup>b</sup> Bei der Optionslösung ist als Bezugsgröße für die Steuerbelastung der Jahresüberschuß plus das gezahlte Unternehmergehalt gewählt worden.

Quelle: Berechnungen des IWH.

steuersatz wachsende Anreize gegenüber, möglichst viele Vermögensposten dem Unternehmen zuzuordnen.

#### ... und nach der Reform: „Modell 2“

Beim zweiten Modell stehen zwei Varianten zur Diskussion, die Einheits- und die Trennungslösung. Beiden Varianten gemeinsam ist, daß die Gewinne, solange sie im Unternehmen verbleiben, mit dem gleichen Steuersatz wie bei Kapitalgesellschaften belastet werden. Die Ermittlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage erfolgt allerdings wie heute auch für Personen- und Kapitalgesellschaften nach unterschiedlichen Regeln. Die bei-

den Varianten unterscheiden sich hinsichtlich der Nachversteuerung. Bei der Einheitslösung werden das Unternehmen und der Unternehmer als Einheit gesehen. Die im Unternehmen auf die entnommenen Gewinnbestandteile gezahlte Unternehmenssteuer wird bei der Berechnung der persönlichen Einkommensteuer des Unternehmers angerechnet. Bei der Trennungslösung werden die aus dem Unternehmen entnommenen Gewinne nach dem Halbeinkünfteverfahren behandelt. Wieder ist bei der folgenden Simulation davon ausgegangen worden, daß die Sparerfreibeträge noch nicht mit anderen Einkunftsarten belegt sind. Die Steuerbelastungen sind Tabelle 6 zu entnehmen.

Tabelle 6:  
Steuerbelastung einer Personengesellschaft nach Modell 2<sup>a</sup>

Gesamtleistung	1 Mio.	5 Mio.	10 Mio.	15 Mio.	25 Mio.	50 Mio.
Steuerlicher Jahresüberschuß	98.027	150.136	215.272	280.408	410.680	736.360
Steuerbelastung in vH des Jahresüberschusses:						
Bei Thesaurierung	28,6	31,4	34,1	35,6	37,1	38,5
Bei Vollausschüttung						
Einheitslösung						
Lediger Unternehmer	18,4	24,0	28,5	31,1	33,9	36,5
Verheirateter Unternehmer	11,3	17,4	22,1	25,0	28,7	33,6
Trennungslösung						
Lediger Unternehmer	31,5	35,7	39,1	41,1	43,6	46,7
Verheirateter Unternehmer	28,6	31,7	35,8	38,1	40,7	43,8

<sup>a</sup> Einschließlich Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Unabhängig davon, welche der Varianten gewählt wird, entsteht auch hier ein Lock-In-Effekt, und Umschichtungen zwischen dem Privat- und dem Betriebsvermögen sind zu erwarten. Eine verwaltungstechnische Abgrenzung dürfte schwierig sein. Große Unternehmen erfahren in jedem Fall eine relativ höhere steuerliche Entlastung als kleine Unternehmen.

Vernachlässigt man die Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag, dann sichert die Einheitslösung, daß die steuerliche Belastung der entnommenen Gewinne letztendlich von dem persönlichen Grenzsteuersatz des Anteilseigners bestimmt wird. Bei der Trennungslösung ist dies nicht der Fall. Das Halbeinkünfteverfahren führt dazu, daß die steuerliche Belastung für die Unternehmer mit einem niedrigen persönlichen Steuersatz steigt, während sie für diejenigen, die einem hohen Grenz-

steuersatz unterliegen, geringer ist. Berücksichtigt man ferner, daß es sich bei Einkünften aus Gewerbebetrieb für den Unternehmer einer Personengesellschaft wahrscheinlich um seine Haupteinnahmequelle handelt, kann die Trennungslösung für Steuerpflichtige mit niedrigen Einkünften bereits allein durch die Maßnahmen, die am Tarif ansetzen, mit unzumutbaren Härten verbunden sein.

### Gegenfinanzierung

In einem zweiten Schritt wird die Änderung der Bemessungsgrundlage berücksichtigt. Die Vorgehensweise ist dabei die gleiche wie bei Veranlagung der Kapitalgesellschaften. Die sich ergebenden steuerlichen Belastungen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Wie bei den Kapitalgesellschaften verdoppelt sich die steuerliche Bemessungsgrundlage unter

Tabelle 7:

Steuerbelastung einer Personengesellschaft nach der Reform unter Berücksichtigung der Gegenfinanzierung<sup>a</sup>

Gesamtleistung	1 Mio.	5 Mio.	10 Mio.	15 Mio.	25 Mio.	50 Mio.
<b>Optionsmodell</b>						
Ohne Option						
Steuerlicher Jahresüberschuß in DM	104.676	183.809	280.528	377.247	570.684	1.054.279
Steuerbelastung in vH des Jahresüberschusses:						
Lediger Unternehmer	32,1	44,9	50,6	53,3	55,8	58,0
Verheirateter Unternehmer	20,9	34,3	43,5	48,1	52,4	56,2
Mit Option						
Steuerlicher Jahresüberschuß in DM	20.941	104.705	209.411	314.116	523.527	1.047.054
Unternehmergehalt in DM	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000
Steuerbelastung in vH des Jahresüberschusses:						
Bei Thesaurierung <sup>b</sup>	40,4	40,4	40,4	40,4	40,4	40,4
Bei Vollausschüttung						
Lediger Unternehmer <sup>b</sup>	146,5	72,8	64,2	61,4	59,1	57,3
Verheirateter Unternehmer <sup>b</sup>	97,0	59,2	55,2	54,3	54,4	55,0
<b>Modell 2</b>						
Steuerlicher Jahresüberschuß in DM	104.676	183.809	280.528	377.247	570.684	1.054.279
Steuerbelastung in vH des Jahresüberschusses:						
Bei Thesaurierung	29,2	33,8	36,2	37,3	38,4	39,3
Bei Vollausschüttung						
Einheitslösung						
Lediger Unternehmer	21,2	32,8	38,9	41,8	44,5	46,8
Verheirateter Unternehmer	13,9	25,0	32,2	36,7	41,1	45,0
Trennungslösung						
Lediger Unternehmer	33,0	40,4	45,1	47,9	50,6	52,9
Verheirateter Unternehmer	29,2	36,6	41,2	43,8	47,0	51,0

<sup>a</sup> Einschließlich Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. – <sup>b</sup> Bei der Optionslösung ist die Bezugsgröße der Jahresüberschuß einschließlich Unternehmergehalt.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Berücksichtigung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen. Sobald Gewinne entnommen werden, bleibt die steuerliche Belastung in Relation zu der höheren Bemessungsgrundlage aber nicht konstant, sondern steigt wegen des progressiven Einkommensteuertarifs.

Wieder muß auf die Unternehmensstruktur und den hohen Anteil der Abschreibungen verwiesen werden. Dennoch läßt sich schlußfolgern, daß die Reform für die Unternehmen, die durch einen hohen Sachkapitalbestand oder eine geringe Größe charakterisiert sind, zu einer Mehrbelastung führen wird. Wird die Trennungslösung analysiert, erscheint es plausibel, daß kleine Unternehmen bereits durch die Tarifelemente stark belastet werden. Bereits die Brühler Kommission hat in diesem Zu-

sammenhang darauf hingewiesen, daß Freibeträge notwendig werden könnten. Werden die Gegenfinanzierungsmaßnahmen berücksichtigt und wird außerdem beachtet, daß es sich bei den Gewinnen einer Personengesellschaft zumeist um die Haupteinkunftsart des Unternehmers handeln dürfte, scheinen auch für die übrigen Lösungsvorschläge Freibeträge notwendig zu werden, wenn Härten vermieden werden sollen. Dann würden aber die durch die gewollten Eckwerte der Reform notwendig gewordenen distributiven Maßnahmen den allokativen Absichten der Reform entgegenlaufen.

*Kristina van Deuverden  
(kdn@iwh.uni-halle.de)*

## Europäische Geldpolitik: Einschwenken auf neutralen Kurs

*Mit der Überwindung der konjunkturellen Schwäche im Euroraum entfällt der Grund, der die Europäische Zentralbank (EZB) Anfang April dieses Jahres veranlaßte, den Hauptrefinanzierungssatz um einen halben Prozentpunkt zu senken. Die EZB hat daher die Zinsen wieder angehoben. Dieser Schritt war insofern gerechtfertigt, als die Gefahr einer deutlichen Unterschreitung des Inflationsziels im Zuge der konjunkturellen Abschwächung nunmehr gebannt ist. Bereits durch die zuvor merklich gestiegenen Kapitalmarktzinsen war das monetäre Umfeld weniger expansiv geworden, eine Entwicklung, die durch die zu erwartende Aufwertung des Euro verstärkt werden dürfte.*

*Weitere Zinserhöhungen sind daher vorerst nicht zu erwarten. Gesamtwirtschaftlich sind weder auf der Nachfrageseite noch auf der Angebotsseite Anzeichen für einen verstärkten Preisauftrieb zu erkennen; der Anstieg der Verbraucherpreise wird auf absehbare Zeit unterhalb der von der EZB festgelegten Obergrenze bleiben.*

*Eine wichtige Rolle für die Beurteilung der monetären Lage und bei der Identifizierung eines möglichen Handlungsbedarfs der Zentralbank spielt das Produktionspotential und seine Veränderung. Gegenwärtig ist im Euroraum von einem Anstieg des Produktionspotentials in Höhe von knapp 2½ vH und einer leicht negativen Produktionslücke auszugehen. Das Einschwenken der Geldpolitik auf einen neutralen Kurs war somit vor dem Hintergrund eines zu erwartenden Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum in Höhe von knapp 3 vH im Jahre 2000 angemessen. Aus heutiger Sicht er-*

*scheint zudem ein Referenzwert für das Geldmengenwachstum von 5 vH für das kommende Jahr angebracht. Angesichts der hohen Arbeitslosenquote im Euroraum liegt jedoch ein erhebliches Wachstumspotential brach, dessen Mobilisierung einen kräftigeren Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes und des Produktionspotentials ermöglichen würde. Einem damit einhergehenden Anstieg des Geldmengenwachstums müßte die EZB nicht entgegenwirken, um ihr Ziel der Geldwertstabilisierung zu wahren, da ein erhöhter Potentialzuwachs auch eine stärkere stabilitätsgerechte Ausweitung der Geldmenge impliziert.*

### **Höhere Zinsen und festerer Außenwert des Euro im Zuge der konjunkturellen Erholung**

Seit der Erhöhung der Leitzinsen Anfang November um jeweils einen halben Prozentpunkt liegt der Hauptrefinanzierungssatz im Euroraum bei nunmehr 3 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2 % und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4 %.

Im April dieses Jahres hatte die EZB die Leitzinsen gesenkt, um dem mit der konjunkturellen Abschwächung entstandenen Abwärtsdruck auf die Preisentwicklung entgegenzuwirken.<sup>17</sup> Mittlerweile scheint dieses Risiko gebannt zu sein, und es deutet alles darauf hin, daß sich die Erwartungen

<sup>17</sup> Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK: Monatsbericht April 1999, S. 5 ff. Damals wurden der Hauptrefinanzierungssatz und Zinssatz für die Einlagefazilität um jeweils einen halben Prozentpunkt, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um einen Prozentpunkt gesenkt.

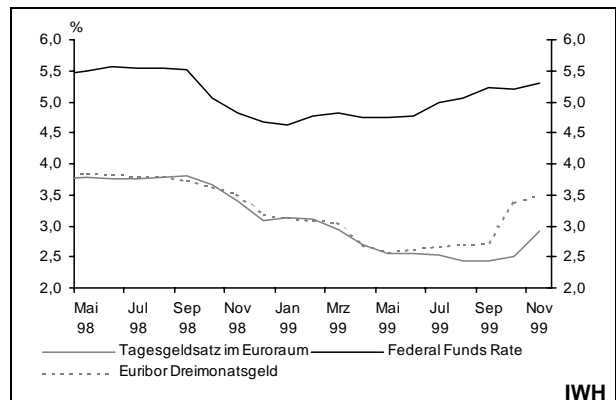
einer lediglich vorübergehenden konjunkturellen Dämpfung im Gefolge der Asienkrise bestätigen werden.<sup>18</sup> Mit 2,9 vH dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum nächstes Jahr etwas schneller als das Produktionspotential zunehmen.<sup>19</sup> Da eine konjunkturelle Abschwächung im Jahresverlauf 2000 nicht zu erwarten ist, ist die Notwendigkeit einer expansiven Geldpolitik nicht mehr gegeben. Entsprechend hatten sich an den Finanzmärkten Erwartungen einer geldpolitischen Straffung gebildet, die sich in der Zins- und Wechselkursentwicklung widerspiegeln. So liegt der Dreimonatszins im Euroraum seit Anfang Oktober deutlich über dem Tagesgeldsatz (Abbildung 1). Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Einschätzung eines erhöhten Liquiditäts- und Kreditrisikos im Zuge des Jahrtausendwechsels, der seit Anfang Oktober in die Laufzeit von Dreimonatswechseln fällt. Auch die Kapitalmarktzinsen sind seit Mai dieses Jahres deutlich gestiegen. Während internationale Ursachen für diesen Zinsanstieg dominieren – insbesondere die weltweit anziehende Konjunktur und die steigenden Leitzinsen in den USA – trugen auch binnenwirtschaftliche Faktoren wie die nunmehr günstigere konjunkturelle Entwicklung und die damit einhergehende Erwartung der geldpolitischen Straffung hierzu bei. So stieg die Spanne zwischen den kurz- und den langfristigen Zinsen im Euroraum deutlich stärker als in den USA, und die Zinsdifferenz zwischen den US-amerikanischen Kapitalmarktzinsen und denen im Euroraum schrumpfte von ihrem Jahreshöchststand von 1,5 Prozentpunkten Mitte Juni auf nunmehr 0,8 Prozentpunkte (Abbildungen 4 und 2).

Auch die Entwicklung des Wechselkurses zwischen Euro und US-Dollar wurde durch die im Zuge der konjunkturellen Beschleunigung erwartete und nunmehr erfolgte Leitzinserhöhung beeinflusst. Der Rückgang des Wechselkurses, der Mitte Juli dieses Jahres seinem Tiefstand erreichte, hat sich nicht fortgesetzt und es deutet sich eine leichte Aufwertungstendenz des Euro an (Abbildung 3).

<sup>18</sup> Eine derartige Prognose lieferten unter anderem der IWF, die OECD und die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. Vgl. INTERNATIONAL MONETARY FUND: World Economic Outlook, May 1999. – OECD: Economic Outlook, June 1999. – DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1999, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/1999.

<sup>19</sup> Vgl. DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/1999.

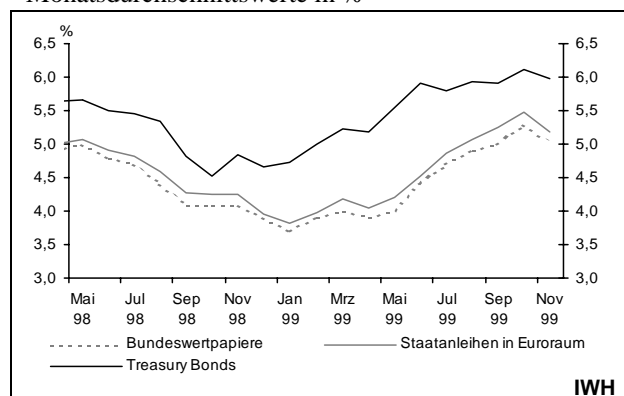
Abbildung 1:  
Kurzfristige Zinsen im Euroraum und in den USA  
Mai 1998 bis November 1999<sup>a</sup>  
- Monatsdurchschnittswerte in % -



<sup>a</sup> November: Durchschnitt der ersten 15 Tage.

Quellen: Deutsche Bundesbank; EZB; Federal Reserve.

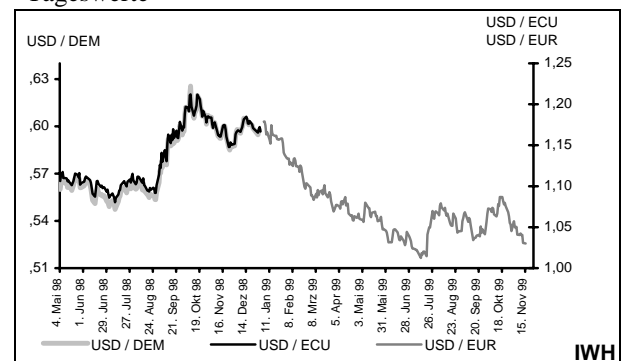
Abbildung 2:  
Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum  
und in den USA Mai 98 bis November 1999<sup>a</sup>  
- Monatsdurchschnittswerte in % -



<sup>a</sup> November: Durchschnitt der ersten 15 Tage.

Quellen: Deutsche Bundesbank; EZB; Eurostat, Federal Reserve.

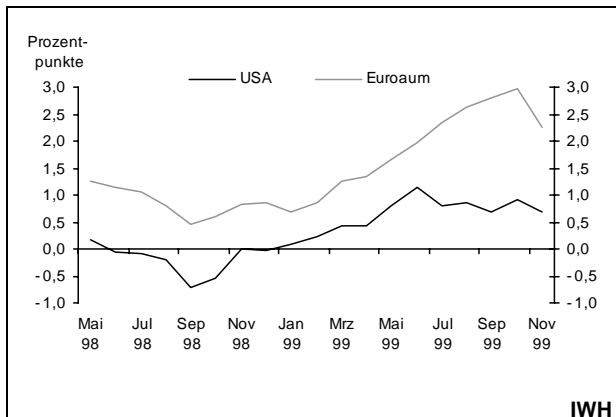
Abbildung 3:  
Wechselkurs zwischen dem US-Dollar und der  
D-Mark, der ECU und dem Euro<sup>a</sup>  
- Tageswerte -



<sup>a</sup> Bis einschließlich 15. November 1999

Quellen: Deutsche Bundesbank, Europäische Kommission, EZB; Berechnungen des IWH.

Abbildung 4:  
Entwicklung der Zinsspanne<sup>a</sup> im Euroraum und in den USA Mai 1998 bis November 1999<sup>b</sup>  
- Monatsdurchschnittswerte, Prozentpunkte -



<sup>a</sup> Differenz zwischen der Rendite zehnjähriger Staatsanleihen und dem Tagesgeldsatz. - <sup>b</sup> November: Durchschnitt der ersten 15 Tage.

Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Federal Reserve.

Zurückgehalten wird der Euro gegenwärtig in erster Linie von der weiterhin überraschend robusten US-Konjunktur. Sollte sich abzeichnen, daß nach dem jüngsten Zinsschritt der Federal Reserve Mitte November keine weiteren Zinsschritte erforderlich sind, um die Inflationsrisiken in den USA einzudämmen, so dürfte der Euro angesichts der durch die erfolgte Zinserhöhung der EZB verringerten Differenz zwischen den kurzfristigen Zinsen in den beiden Währungsräumen an Wert gewinnen. Die mittelfristige Aufwertungstendenz des Euro dürfte dabei größer sein, als es die Zinsdifferenz andeutet. Insbesondere das hohe Leistungsbilanzdefizit in den USA – es wird für dieses Jahr auf 3,5 vH des Bruttoinlandsprodukts geschätzt, verglichen mit einem Leistungsbilanzüberschuß des Euroraums in Höhe von 1,2 vH<sup>20</sup> wird den US-Dollar mittelfristig schwächen. Hinzu dürften bisher nicht erfolgte Portfolioumschichtungen zugunsten des Euro kommen, die viele Investoren angesichts der konjunkturellen Schwäche im Euroraum hinauszögerten.

Nur solange die Anleger davon ausgehen, daß die Aufwertung des Euro nicht unmittelbar bevorsteht, lohnt sich die höherverzinsten Anlage in den USA und der US-Dollar bleibt auf seinem hohen Niveau. Sobald sich Tendenzen für eine Abschwächung in den USA abzeichnen, dürfte es zu einem

<sup>20</sup> Prognosen des IWF für 1999; vgl. INTERNATIONAL MONETARY FUND: World Economic Outlook, May 1999, S. 5.

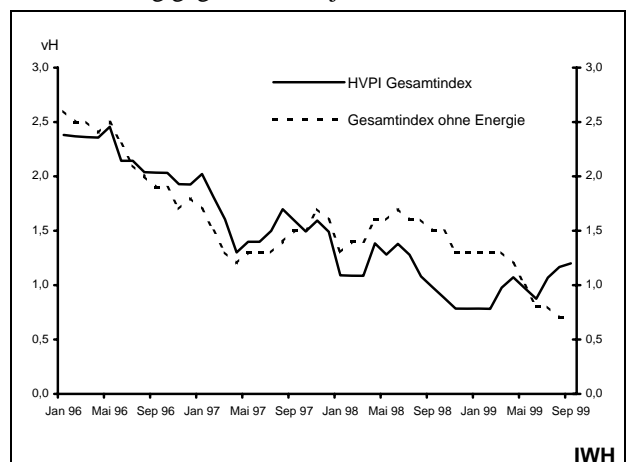
Kapitalabfluß aus den USA und einer deutlicheren Aufwertung des Euro kommen.

Von dem niedrigen Niveau des Wechselkurses gehen derzeit noch anregende Wirkungen auf die Konjunktur im Euroraum aus. Demgegenüber haben die langfristigen Zinsen wieder ein Niveau erreicht, das in realer Rechnung dem langfristigen deutschen Durchschnitt entspricht. Das monetäre Umfeld ist daher bereits weniger expansiv als im Frühjahr dieses Jahres und wird im Gefolge der hier erwarteten Aufwertung des Euro nicht mehr anregend auf die Konjunktur wirken.

### Nur leichte Erhöhung des Preisanstiegs

Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für den Euroraum hat sich in den vergangenen Monaten etwas verstärkt. Ausschlaggebend hierfür waren die anziehenden Rohstoffpreise und dabei insbesondere die Verdoppelung des Rohölpreises seit Jahresbeginn. Während der HVPI bis zur Jahresmitte die zugrundeliegende Dynamik der Preisniveauentwicklung infolge sinkender Rohstoffpreise unterzeichnete, überzeichnet er sie nunmehr unter dem Einfluß steigender Rohölpreise. Mit derzeit 1,2 vH bleibt der Preisanstieg dennoch deutlich unter der von der EZB festgelegten mittelfristigen Obergrenze von 2 vH. Der Anstieg des HVPI ohne Energie lag im September gegenüber dem Vorjahresmonat bei 0,7 vH. In den kommenden Monaten ist mit einer weiteren Erhöhung der jährlichen Preissteigerungsrate zu rechnen, die zum Teil auf einen statistischen Basis-

Abbildung 5:  
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)  
Januar 1996 bis September 1999  
- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in vH -



Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat.

effekt, nicht aber auf eine Beschleunigung im Verlauf zurückzuführen ist. Mit dem Auslaufen dieses Effekts dürfte es ab Februar nächsten Jahres wieder zu einer Abflachung der Jahresrate kommen.

Entscheidend für die Inflationsdynamik sind die Entwicklung der Lohnkosten und der Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen. Anzeichen für einen erhöhten Lohnkostendruck gibt es derzeit nicht. Im Gegenteil dürfte von den Lohnstückkosten im nächsten Jahr bei zunehmendem Produktivitätsanstieg ein leicht dämpfender Einfluß auf die Preissteigerungsrate ausgehen. Der Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen dürfte sich demgegenüber bei steigender Kapazitätsauslastung erhöhen. Angesichts der Deregulierung in einigen Branchen und dem erhöhten internationalen Wettbewerb dürften aber auch diese begrenzt bleiben, sofern es zu keiner überhitzten Nachfrageentwicklung kommt. Weder die Zinsen im Euroraum, noch die Geldmengen- oder Kreditentwicklung lassen derzeit auf eine derartige künftige Überhitzung schließen.

### **Geldmengenentwicklung birgt kein Inflationspotential in sich**

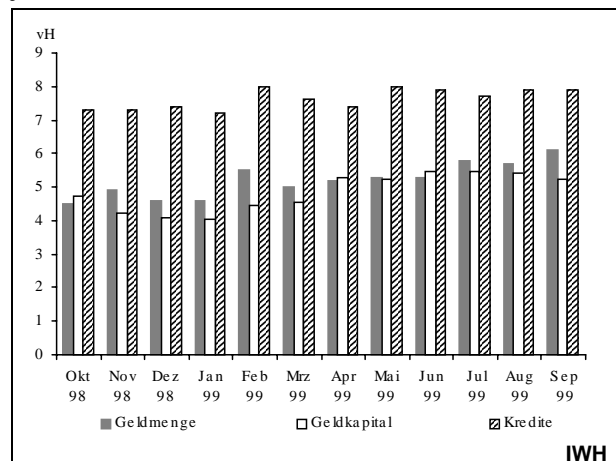
Zwar übersteigt der Zuwachs der Geldmenge M3 seit Jahresbeginn den von der EZB ermittelten Referenzwert für M3 in Höhe von  $4\frac{1}{2}$  vH, aber insbesondere zwei Argumente sprechen dafür, daß sich hierdurch keine überschüssige Nachfrage aufbaut. Erstens dürfte die Geldmengenentwicklung gegenwärtig die Entwicklung der nachfragewirksamen Liquidität überzeichnen, da die niedrigen Opportunitätskosten der Geldhaltung bzw. die Erwartung steigender Kapitalmarktzinsen kürzerfristige, in M3 enthaltene Anlageformen gegenüber längerfristigen Vermögensanlagen begünstigt haben. Zweitens erscheint der Referenzwert der EZB etwas niedrig zu sein. Ihm liegt das Inflationsziel von unter 2 vH, ein unterstellter trendmäßiger Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von  $2-2\frac{1}{2}$  vH und ein Aufschlag von  $\frac{1}{2}$  bis 1 vH für die unterstellte Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit zugrunde. Berücksichtigte man demgegenüber neben dem impliziten mittelfristigen Inflationsziel der EZB in Höhe von  $1\frac{1}{2}$  vH,<sup>21</sup> einen Anstieg des Produktionspotentials von  $2\frac{1}{2}$  vH (s.u.) und einen trend-

<sup>21</sup> Vgl. BOFINGER, P. (1999): Die Geldpolitik der EZB – Anspruch und Wirklichkeit. EWU-Monitor Nr. 76, Deutsche Bank Research 9. Juli 1999, S. 9. – SVENSSON, L. E. O. (1999): Monetary Policy Issues for the Eurosystem. Seminar Paper No. 667. Institute for International Economic Studies. Stockholm University, S. 13.

mäßigen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit in Höhe von 1 vH,<sup>22</sup> so würde sich ein Referenzwert von 5 vH errechnen.

Abbildung 6:

Entwicklung der Geldmenge, des Geldkapitals bei den Banken<sup>a</sup> und der Kredite an Gebietsansässige des Euroraums Oktober 1998 bis September 1999 - Monatsendwerte, Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat -



<sup>a</sup> Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Ansässigen des Euroraums (ohne Zentralstaat) abzüglich Kapital und Rücklagen. Die Veränderungsrate des Geldkapitals wurden direkt aus den ausgewiesenen Monatsendbeständen errechnet, während im Falle von M3 und den Krediten auf die von der EZB berechneten und bereinigten Zuwachsraten zurückgegriffen wurde. – <sup>b</sup> Stand: 11. November 1999.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

Die Kreditvergabe war mit einem Anstieg von durchschnittlich 7,8 vH in den vergangenen drei Monaten lebhaft, und insbesondere die Ausleihung von Bankkrediten an Private war mit 10 vH kräftig. Letztere flossen jedoch zum Teil ins Ausland. Zudem dürfte die Kreditnachfrage durch die hohe Fusionstätigkeit und die Erwartung wieder steigender Zinsen vorübergehend angeregt worden sein. Gegenwärtig lassen weder die Kredit- noch die Geldmengenentwicklung den Aufbau eines Inflationspotentials erkennen.

<sup>22</sup> Rechnerisch ergibt sich ein trendmäßiger Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit von 1,4 vH seit Mitte der neunziger Jahre; vgl. DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI, a. a. O., S. 38 ff. Die Kürze des zugrundegelegten Zeitraums und die im Text erwähnte gegenwärtige Überzeichnung der nachfragewirksamen Liquidität durch die Geldmengenentwicklung lassen es ratsam erscheinen, einen etwas niedrigeren Wert bei der Bestimmung des Referenzwerts anzusetzen.

## **Die Entwicklung des Produktionspotentials in der EWU**

Die Einschätzung, ob eine gegebene Geldpolitik stabilitätsgerecht ist, hängt in erheblichem Maße davon ab, wie hoch das Produktionspotential einer Wirtschaft und dessen Veränderungsrate beziffert wird. Das Produktionspotential wird in der Literatur üblicherweise als jene Produktion definiert, die bei normaler Kapazitätsauslastung realisiert wird, d. h. der Kapazitätsauslastung, die mit einer stabilen Entwicklung des Preisniveaus vereinbar ist. Liegt das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt unter dem Produktionspotential, d. h. es besteht eine negative Produktionslücke,<sup>23</sup> und nimmt das Bruttoinlandsprodukt zudem langsamer zu als das Produktionspotential, so ist beispielsweise eine expansive Geldpolitik angemessen, da die Unterauslastung der Kapazitäten einen nach unten gerichteten Druck auf die Preise erzeugt. Dieser Zusammenhang findet auch bei der Festlegung des Referenzwerts für die Geldmengenentwicklung Berücksichtigung. Bei der Quantifizierung des als stabilitätsgerecht erachteten Geldmengenwachstums wird nicht der erwartete Anstieg des Bruttoinlandsproduktes, sondern der des Produktionspotentials zugrundegelegt, so daß Abweichungen zwischen diesen beiden Größen tendenziell entsprechende Zinsreaktionen zur Folge hätten.

Im kommenden Jahr wird die Frage nach der Höhe des Produktionspotentials von großer Relevanz sein, da ihre Beantwortung maßgeblichen Einfluß auf die Entscheidung über mögliche weitere Leitzinserhöhungen haben wird. Deuten sich Verspannungen am Arbeitsmarkt an oder Kapazitätsengpässe und damit einhergehende deutlich erweiterte Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen, so sollte und wird die EZB diesen frühzeitig mit einer geldpolitischen Straffung entgegenwirken.

Die Bestimmung des Produktionspotentials in der EWU ist jedoch mit verschiedenen Problemen behaftet. Generell ist das Produktionspotential eine Größe, die sich einer direkten Beobachtung entzieht und daher geschätzt werden muß. Dies impliziert, daß keine exakte empirische Überprüfung der zugrundeliegenden Berechnungsmethode anhand des tatsächlichen Potentials möglich ist. Aus die-

sem Grund stehen in der Literatur mehrere empirische Verfahren in Konkurrenz zueinander, und Vergleiche zeigen, daß diese sehr unterschiedliche Ergebnisse produzieren.<sup>24</sup> Gemeinsam ist diesen empirischen Modellen, daß sie bestimmte Determinanten des Produktionspotentials nicht im einzelnen berücksichtigen. So sind z. B. die Auswirkungen der Informationstechnologien oder von Arbeitsmarktflexibilisierungen auf das Produktionspotential in den Methoden nicht explizit erfaßt.

Eine Bestimmung des Produktionspotentials für den Euroraum ist zudem mit besonderen Problemen behaftet. So besteht der Euroraum erst seit Beginn des Jahres 1999. Durch den Übergang zum einheitlichen Währungsraum und die zunehmende wirtschaftliche Integration können Strukturbrüche aufgetreten sein, die eine ökonometrische Schätzung stabiler Modelle behindern. Darüber hinaus liegen zur Schätzung bisher nur zum Teil harmonisierte Daten vor.

Alles in allem zeigt sich, daß die Schätzung des Produktionspotentials für den Euroraum unsicher ist. Da eine Einschätzung der Potentialentwicklung jedoch entscheidend für die Beurteilung eines künftigen aufwärts- oder abwärtsgerichteten Drucks auf die Preisentwicklung und entsprechend auch des Geldmengenwachstums ist, werden im folgenden alternative Verfahren zur Potentialbestimmung gegenübergestellt (vgl. Kasten). Diese können zumindest einen ersten Eindruck über die Entwicklung des Produktionspotentials im Euroraum geben.

In Abbildung 7 werden das Bruttoinlandsprodukt und die mit verschiedenen Verfahren ermittelten Schätzungen für das Produktionspotential dargestellt. Für das Jahr 1999 kommen die Verfahren dabei zu relativ ähnlichen Einschätzungen der Entwicklung des Produktionspotentials (vgl. Abbildung 7).

Gemäß den Schätzungen liegt der jährliche Anstieg des Produktionspotentials im Euroraum bei etwa 2,4 vH. Wie auch in früheren Studien zeigt sich, daß die Ergebnisse hinsichtlich der Produktionslücke relativ stark voneinander abweichen. Die Schätzungen zur Produktionslücke liegen für 1999 zwischen 0,8 vH und -1,2 vH (vgl. Tabelle).

<sup>23</sup> Entsprechend besteht eine positive Produktionslücke, wenn das Bruttoinlandsprodukt über dem Produktionspotential liegt und somit die Kapazitäten überausgelastet sind. Sofern sich in diesem Fall keine endogene Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität andeutet, ist eine restriktive Geldpolitik geboten, um die konjunkturelle Entwicklung auf den Potentialpfad zurückzuführen.

<sup>24</sup> Eine ausführliche Gegenüberstellung liefert CANOVA, F.: Detrending and business cycle facts, in: Journal of Monetary Economics, 41, 1998, S. 475-512. Siehe auch ST. AMANT, P.; VAN NORDEN, S.: Measurement of the Output Gap: A Discussion of Recent Research at the Bank of Canada. Bank of Canada Working Paper, 1997.



## Verfahren zur Schätzung des Produktionspotentials

Im folgenden werden einige Verfahren zur Schätzung des Produktionspotentials in der EWU vorgestellt und deren Vor- und Nachteile kurz skizziert.

### **Produktionsfunktion (OECD):**

Bei diesem Verfahren wird eine Produktionsfunktion ökonometrisch geschätzt und durch das Einsetzen der Faktorinputs bei Normalauslastung das Produktionspotential ermittelt. Da auf Basis von Produktionsfunktionen bereits andere Organisationen Berechnungen vorgestellt haben, wird für diese Methode auf eine eigenständige Schätzung verzichtet. Im folgenden werden die auf der Basis einer Produktionsfunktion ermittelten Werte der OECD verwendet.<sup>a</sup> Der Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, daß das Potential auf verschiedene Determinanten wie Faktorinputs und Produktionselastizitäten zurückgeführt werden kann. Problematisch ist jedoch, daß die Normalauslastung der Faktoren unbeobachtbar ist, so daß hierfür externe Informationen herangezogen werden müssen.<sup>b</sup>

### **Hodrick-Prescott-Filter (HP):**

Der HP-Filter ist ein eher technisches Verfahren zur Zerlegung von Trend und Zyklus einer einzelnen Zeitreihe, das aufgrund seiner Einfachheit oft zur Schätzung des Produktionspotentials herangezogen wird.<sup>c</sup> In einem Optimierungsproblem wird ein Glättungsparameter gesetzt, der den Trade-off zwischen einem möglichst gering schwankenden Potential und einer zu minimierenden Varianz zwischen Produktion und Potential quantifiziert.<sup>d</sup> Aus der Lösung des Optimierungsproblems ergibt sich dann der Trend bzw. das Potential. Nachteile dieses Verfahrens sind die geringe ökonomische Fundierung und, daß der Glättungsparameter exogen gesetzt wird. Positiv ist hingegen, daß durch die Konstruktion des Filters die Stationarität der Produktionslücke gewährleistet ist, so daß sich die Produktion nicht dauerhaft vom Produktionspotential entfernen kann.

### **Multivariate Beveridge-Nelson-Zerlegung (MBN):**

Auf Basis eines internationalen Konjunkturmodells<sup>e</sup> wird das Produktionspotential für den Euroraum als der Bestandteil der Produktion abgeleitet, der mit dem Gleichgewicht des ökonomischen Modells übereinstimmt.<sup>f</sup> Es wird dabei ein vektorautoregressives Modell geschätzt, dessen langfristige Eigenschaften mit den theoretischen Modellimplikationen kompatibel sind. Der Vorteil dieses Verfahrens ist, daß das Potential vollständig endogen bestimmt wird. Nachteilig ist, daß das zugrundeliegende theoretische Modell eine relativ einfache Struktur aufweist. Alternative Modelle fanden allerdings keine ausreichende Erklärungsgüte europäischer Zeitreihen.<sup>g</sup> Komplexere Modelle für den Euroraum sind insbesondere mit dem Problem fehlender oder nichtharmonisierter Daten konfrontiert.

<sup>a</sup> Zu ähnlichen Schätzungen wie die OECD kommt der IMF. Da auch beim IMF Produktionsfunktionen zur Schätzung des Produktionspotentials herangezogen werden, werden diese hier nicht ausgewiesen. Vgl. INTERNATIONAL MONETARY FUND: World Economic Outlook, Autumn 1999, S. 80 ff. Das Schätzverfahren der OECD ist bei GIORNO, C.; RICHARDSON, P.; ROSEVEARE, D.; VAN DEN NOORD, P.: Potential Output, Output Gaps, and Structural Budget Balances, in: OECD Economic Studies, No. 24, 1995, S. 167-209 beschrieben. – <sup>b</sup> Zu diesem Zweck werden auch Filtermethoden wie der Hodrick-Prescott-Filter herangezogen (s. u.). – <sup>c</sup> Vgl. INTERNATIONAL MONETARY FUND: World Economic Outlook, Autumn 1999, S. 82 und das Modell bei CÔTÉ, D.; HOSTLAND, D.: Measuring Potential Output and the NAIRU as Unobserved Variables in a Systems Framework, in: BANK OF CANADA: Economic Behaviour and Policy Choice Under Price Stability, Conference Proceedings, 1993. Der HP-Filter wird auch dazu verwendet, Komponenten der Produktionsfunktion wie z. B. die totale Faktorproduktivität zu glätten. – <sup>d</sup> Vgl. HODRICK, R. J.; PRESCOTT, E. C.: Postwar US business cycles: An empirical investigation, in: Journal of Money, Credit and Banking, 29, 1997, S. 1-16. – <sup>e</sup> Vgl. LEE, K.: Cross-Country Interdependencies in Growth Dynamics: A Model of Output Growth in the G7 Economies, 1960-1994, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 134, H. 3, 1998, S. 367-403. – <sup>f</sup> Vgl. EVANS, G.; REICHLIN, L.: Information, Forecasts, and Measurement of the Business Cycle. In: Journal of Monetary Economics 33, 1994, S. 233-254. – <sup>g</sup> So konnten auch die langfristigen Implikationen des neoklassischen Wachstumsmodells nicht bestätigt werden. Vgl. KING, R. G.; PLOSSER, C. I.; STOCK, S. H.; WATSON, M. W.: Stochastic Trends and Economic Fluctuations, in: American Economic Review, Vol. 81, No. 4, 1991, S. 819 ff.

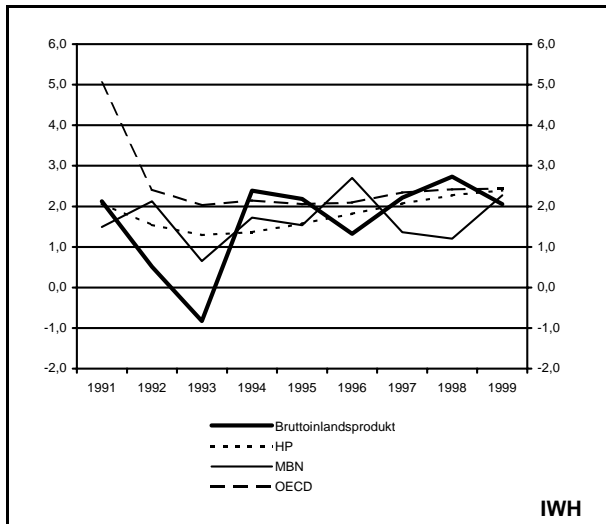
Somit würde ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,9 vH im kommenden Jahr den Zuwachs des Produktionspotentials übertreffen und eine Verringerung der negativen Produktionslücke bzw. das Entstehen einer positiven Produktionslücke bewirken.

In Anbetracht der aufgeführten Schätzprobleme müssen die ausgewiesenen Werte für das Produktionspotential jedoch vorsichtig interpretiert werden. Das Produktionspotential kann insbesondere in seinem Niveau aber auch in der Veränderungsrate abrupten Veränderungen unterworfen sein. Hierauf

deutet beispielsweise die Entwicklung in den Vereinigten Staaten seit Anfang der neunziger Jahre hin.

Abbildung 7:  
Produktionspotential und Bruttoinlandsprodukt in der EWU<sup>a</sup>

- Veränderungsraten zum Vorjahr in vH -



<sup>a</sup> Zur Bestimmung des Potentials mit den unterschiedlichen Verfahren siehe Kasten.

Quellen: EZB; Eurostat; OECD; Berechnungen des IWH.

Tabelle:  
Produktionslücke in der EWU<sup>a</sup>  
- in vH des Produktionspotentials -

	1997	1998	1999
OECD	-1,7	-1,3	-1,2
HP	-0,3	0,2	-0,2
MBN	-0,5	1,0	0,8

<sup>a</sup> Die Produktionslücke wird durch Subtraktion des Produktionspotentials vom Bruttoinlandsprodukt, in vH des Produktionspotentials, berechnet. Zur Bestimmung des Potentials mit den unterschiedlichen Verfahren siehe Kasten.

Quellen: EZB; Eurostat; OECD; Berechnungen des IWH.

So könnten eine kräftigere Produktivitätsentwicklung – beispielsweise im Zuge des verstärkten Einsatzes von Informationstechnologien – einen nennenswerten Anstieg des Produktionspotentials bewirken, der sodann geldpolitisch zu berücksichtigen wäre.<sup>25</sup> Auch könnte im Zuge der konjunkturellen Beschleunigung bei fortgesetzter Lohnzurückhaltung ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit

<sup>25</sup> Vgl. FISCHER, S.: Discussion. The role of demand-management policies in reducing unemployment, in: Unemployment Policy. Government Options for the Labour market. Hrsg. von D. J. Snower und G. de la Dehesa. Centre for Economic Policy Research. Cambridge University Press 1997, S. 111-115.

erfolgen, der auch einen Teil jener Arbeitslosen erfaßt, die üblicherweise der strukturellen Arbeitslosigkeit zugeordnet werden.<sup>26</sup> Kommt es zudem zu Arbeitsmarktreformen – beispielsweise durch die bereits verstärkte Flexibilisierung der Arbeitszeit –, so könnte die Wirtschaft im Euroraum in den kommenden Jahren deutlich höhere Wachstumsraten aufweisen als in den vergangenen Jahren.<sup>27</sup>

Angesichts des Anstiegs des Produktionspotentials in Höhe von knapp 2,5 vH, der nur leicht negativen Produktionslücke und der verbesserten konjunkturellen Lage ist ein geldpolitisches Einschwenken auf einen neutralen Kurs aus stabilitätspolitischer Sicht angemessen. Aus heutiger Sicht ist die jüngste Anhebung der Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt kräftig genug, um diesen Kurs zu erreichen, da die Kapitalmarktzinsen bereits deutlich gestiegen sind und von der zu erwartenden Aufwertung des Euro ebenfalls ein kontraktiver Impuls ausgehen wird. Zur Beurteilung des Geldmengenwachstums im kommenden Jahr erscheint ein Referenzwert in Höhe von 5 vH angemessen. Die Beibehaltung des nun erreichten Niveaus der Leitzinsen hängt entscheidend davon ab, daß die diesjährigen Steigerungen der Rohstoffpreise nicht durch die Lohnentwicklung nachvollzogen werden. Wird im Euroraum weiterhin Lohnzurückhaltung geübt, so bestehen bei den nunmehr günstigeren Konjunkturaussichten zudem gute Voraussetzungen für eine Integration arbeitsloser Erwerbsspersonen in den Produktionsprozeß und eine kräftigere Sachkapitalbildung. Dadurch würde der Anstieg des Produktionspotentials verstärkt und die Möglichkeit eines erhöhten Wirtschaftswachstums geschaffen, dem die EZB nicht entgegenwirken müßte, um ihr Stabilitätsziel zu erreichen. Ein entsprechend höheres Geldmengenwachstum wäre sodann hinzunehmen.

*Silke Tober (sit@iwh.uni-halle.de)*  
*Christian Schumacher (csr@iwh.uni-halle.de)*

<sup>26</sup> INTERNATIONAL MONETARY FUND: Chronic Unemployment in the Euro Area – Causes and Cures. World Economic Outlook, Spring 1999, S. 40-100.

<sup>27</sup> Da die Inflationsdynamik entscheidend von der Entwicklung der Löhne beeinflusst wird, wird die EZB das dichte Zweigstellennetz der nationalen Zentralbanken dazu nutzen, Informationen über regionale und branchenspezifische Engpässe oder Überschüsse auf dem Arbeitsmarkt zu identifizieren und in ihre Inflationsprognose einfließen zu lassen. Es wäre wünschenswert, daß sie dem Beispiel der US-amerikanischen Federal Reserve folgen und diese Informationen in zusammengestellter Form der Öffentlichkeit zugänglich machen würde; vgl. The Beige Book, FEDERAL RESERVE BOARD. Washington, erscheint acht Mal im Jahr.

## Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt

*In den Jahren 1989 bis 1997 haben per saldo mehr als eine Million Menschen Ostdeutschland in Richtung alte Bundesländer verlassen. Die Migranten waren meist junge Erwachsene mit überdurchschnittlicher Bildung. Dies ist jedoch kein spezifisches Merkmal der Ost-West-Migration. Auch die von West nach Ost umziehenden Personen sind weit höher qualifiziert als der Durchschnitt.*

*Die Binnenwanderung zwischen beiden Gebietsteilen läßt sich in zwei Phasen unterteilen. Die Migration von 1989 bis 1991 fand praktisch nur in einer Richtung statt und war mit einem hohen Initialverlust an Humankapital für Ostdeutschland verbunden. Seit 1992 gibt es dagegen nennenswerte Wanderungen in beide Richtungen. Der seitdem kumulierte Wanderungssaldo der neuen Bundesländer von Personen mit dem höchsten Bildungsniveau ist sogar positiv.*

*Eine gewisse Rolle spielt auch gegenwärtig die ausbildungsbedingte Wanderung (Lehre). So ist bis zuletzt vor allem bei den unter 20jährigen der Wanderungssaldo der neuen Bundesländer negativ. Die Ausbildungsmigration kann jedoch, trotz teilweiser Rückkehr nach der Ausbildung, nicht eindeutig als Humankapitalverlust oder -gewinn eingestuft werden.*

*Die ostdeutschen Migranten entsprechen in den sozio-demographischen Merkmalen stärker dem Querschnitt der Bevölkerung als die Westdeutschen, die typischerweise etwa 30 Jahre alt, meist ledig und ohne Kinder sind.*

### **Wanderung verändert Umfang und Qualität des Humankapitals**

Das Entwicklungspotential einer Volkswirtschaft wird maßgeblich vom vorhandenen Humankapital determiniert. Wanderungsbewegungen verursachen Veränderungen des Humankapitalbestandes. Je nach Wanderungssaldo (quantitative Dimension des Humankapitals) und Qualifikationsstruktur der Zu- und Fortwanderung (qualitative Dimension) ergibt sich ein Verlust oder Gewinn an Humankapital. Insbesondere im Hinblick auf das ökonomische Potential Ostdeutschlands wird im Falle umfangreicher Abwanderung junger, gut ausgebildeter Personen in die alten Bundesländer teilweise mit Beeinträchtigungen im wirtschaftlichen Angleichungsprozeß gerechnet. Die Ökonomischen Rahmendaten deuten auf starke Anreize für

eine überwiegend nach Westen gerichtete Binnenwanderung, insbesondere für gut qualifizierte Arbeitskräfte. Dazu gehören die stärkere Nivellierung der Einkommen in Ostdeutschland und die dadurch besonders ausgeprägte Lohndifferenz zwischen West und Ost bei Beschäftigten mit Hochschulausbildung.

### **Individualdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zur Strukturanalyse**

Um Aussagen über einen Verlust an Humankapital machen zu können, sind zusätzlich zum Umfang der innerdeutschen Migration auch Kenntnisse zur Ausbildung der Zu- und Fortwanderer erforderlich. Dazu sind Datensätze mit Individualinformationen notwendig, wie sie das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)<sup>28</sup> bereitstellt.

Aufgrund der geringen Fallzahl an Migranten pro Jahr haben sich frühere Arbeiten zu deren Struktur im wesentlichen auf die Personen gestützt, die eine Wanderungsabsicht erkennen ließen.<sup>29</sup> Die seit 1990 kumulierte Fallzahl erlaubt je-

---

<sup>28</sup> Das SOEP ist eine repräsentative, jährlich durchgeführte Haushalts- und Personenbefragung und wird seit 1984 in Westdeutschland und seit Juni 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt. Vgl. PROJEKTRUPPE SOZIO-OEKONOMISCHES PANEL (SOEP) (1995): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994, in: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, 64, Nr. 1/95, S.5-13.

<sup>29</sup> Siehe z. B. BURDA, M. C. (1993): The determinants of East-West German migration. Some first results, in: European Economic Review, Vol. 37, S. 452-461. Büchel/Schwarze (1994) haben auf Basis der SOEP-Wellen von 1990 bis 1993 erste Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Umzugsabsicht der Ostdeutschen und Realisierung auf der Basis von 80 Personendatensätzen mit realisierten Wanderungen veröffentlicht. Vgl. BÜCHEL, F.; SCHWARZE, J. (1994): Die Migration von Ost- nach Westdeutschland – Absicht und Realisierung. Ein sequentielles Probitmodell mit Kontrolle unbeobachteter Heterogenität, in: MittAB Nr. 1/1994, S. 43-52. Hinrichs (1997) hat Ost-West-Umzüge sowie auch die Gegenrichtung im Rahmen bundesländerübergreifender Mobilität bis 1994 untersucht. Vgl. HINRICHS, W. (1997): Länderübergreifende Wohnmobilität im vereinten Deutschland – Integration oder Differenz?, in: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 377-400. Das IWH hat im Rahmen der Strukturberichterstattung die wanderungsinduzierten Humankapitalveränderungen der Jahre 1992 bis 1994 untersucht. Dort wird ein (von Jahr zu Jahr abnehmender) Humankapitalverlust registriert. Vgl. DIETRICH, V.; RAGNITZ, J.; ROTHFELS, J.: Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern. IWH-Sonderheft

doch inzwischen eine Analyse der tatsächlichen Wanderungsbewegungen. Mit den zur Verfügung stehenden Befragungen von 1990 bis 1997 können nun insgesamt 439 Umzüge zwischen den alten und neuen Bundesländern ausgewertet werden (324 in Ost-West- und 115 in West-Ost-Richtung). Hochgerechnet repräsentieren diese etwa 980.000 Ost-West- und 580.000 West-Ost-Wanderungen.<sup>30</sup>

### Umfang der Binnenmigration

Seit 1989 haben über 2 Mio. Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland stattgefunden sowie knapp eine Mio. Wanderungen in der Gegenrichtung (vgl. Tabelle 1). Damit hat Ostdeutschland im betrachteten Zeitraum mehr als eine Million Einwohner per saldo durch Abwanderung in die alten Bundesländer verloren.

Tabelle 1:  
Umfang der Wanderungsbewegung zwischen Ost- und Westdeutschland 1989 bis 1997  
- in 1.000 Personen -

Jahr	Ost-West-Wanderungen	West-Ost-Wanderungen	Saldo Neue Bundesländer
1989	388	5	383
1990	395	36	359
1991	250	80	169
1992	199	111	88
1993	172	119	53
1994	163	136	27
1995	168	143	25
1996	166	152	14
1997	168	157	10
Summe 1989 - 1997	2.069	939	1.129

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1, 1997, (Differenzen durch Rundung).

### Altersstruktur der Ost-West-Wanderung nicht ungewöhnlich

In der öffentlichen Diskussion wird verschiedentlich beklagt, daß es verhängnisvoll für Ost-

deutschland ist, wenn überwiegend junge (und gut ausgebildete) Menschen abwandern.<sup>31</sup> Dadurch wird aktuelles Humankapital entzogen, welches noch sehr lange der Region zur Verfügung gestanden hätte. Nun findet Migration allgemein überwiegend unter jungen Erwachsenen statt, da hier der Zeitraum zur Amortisierung der (finanziellen wie auch sozialen) Migrationskosten lang ist und sich somit häufiger lohnt als für ältere Personen. Die Jüngeren suchen oft noch ihren Platz im Erwerbsleben, und die räumliche wie auch berufliche Mobilität ist hoch. Die Abwanderung aus Ostdeutschland ist tatsächlich stark durch junge Menschen geprägt. Die vorliegende Altersstruktur der Migration bildet daher kein ungewöhnliches Phänomen. Zum Vergleich sind die Anteile verschiedener Altersgruppen an der Ost-West-Migration mit den Anteilen der gesamten Migration über Bundesländergrenzen sowie der Außenmigration der Bundesrepublik in Tabelle 2 aufgeführt.<sup>32</sup>

Tabelle 2:  
Altersstruktur der Wanderung  
- in vH -

Altersgruppe	Ost-West-Migration (nach SOEP, 1990 - 1997)	Gesamte Migration (nach StBA, 1996)	West-Ost-Migration (nach SOEP, 1990 - 1997)
unter 6 Jahre	9,9	5,7	9,5
6 bis unter 18 Jahre	13,3	11,3	6,1
18 bis unter 25 Jahre	24,9	19,1	28,0
25 bis unter 35 Jahre	26,8	30,3	40,5
35 bis unter 50 Jahre	15,1	21,9	9,3
50 bis unter 65 Jahre	7,3	7,6	2,8
über 65 Jahre	2,7	4,1	3,8

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, 1990 - 1997; StBA, Fachserie 1, Reihe 1; Berechnungen des IWH.

Trotz der Spitze bezüglich des Alters bei den 18- bis 35jährigen Personen ist die sonstige soziodemographische Struktur der ostdeutschen Mi-

4/1997, S. 71-82. Aufgrund des längeren Beobachtungszeitraumes kann hier ein präzisiertes Fazit gezogen werden.

<sup>30</sup> Wegen teilweise unterschiedlicher Befragungsabstände bzw. eines Befragungszeitraumes meist im Frühjahr/Frühsummer jeden Jahres ergeben die hochgerechneten Werte des SOEP zum Umfang der Migration keine volle Übereinstimmung mit den Jahresdaten der amtlichen Statistik.

<sup>31</sup> Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT (1990): Jahresgutachten 1990/1991, Textziffer 595, S. 254.

<sup>32</sup> Der Umfang der aufgeführten Gesamtmigration ist so groß, daß die Wanderungen zwischen den zwei Gebietsteilen die Anteile der Gesamtmigration nicht dominierend beeinflussen können.

granten (hinsichtlich Familienstand, Kinderzahl, Haushaltsgröße, Geschlechterverhältnis) nahe am Querschnitt der Gesamtbevölkerung.

In der Altersstruktur der von West- nach Ostdeutschland Umziehenden überwiegen ebenfalls relativ junge Personen. Abweichend zur Gegenrichtung dominieren jedoch regelrecht die 18 bis unter 35jährigen bei der Migration. Hier ist der Anteil dieser Altersgruppe mit über zwei Dritteln an allen weit höher als üblicherweise bei Wanderungsbewegungen (vgl. Tabelle 2).<sup>33</sup> Betrachtet man nur die Westdeutschen unter den West-Ost-Migranten (vgl. Tabelle 4 zu den Wanderungsanteilen), so konzentrieren sich sogar rund 60 vH in der Altersgruppe zwischen 25 und 35 Jahren. Die westdeutschen Migranten lassen sich wie folgt typisieren: Sie sind in der Regel um die 30 Jahre alt, ledig und ohne Kinder. Männer überwiegen mit einem Anteil von 56 vH. Letztendlich unterscheidet sich das durchschnittliche Migrationsalter der Westdeutschen mit 33,1 Jahren deutlich von dem der Ostdeutschen (25,6 Jahre).

Die überwiegend kinderlose Migration von West nach Ostdeutschland wiederum ist verantwortlich für die per saldo starke Abwanderung von Kindern und Jugendlichen aus Ostdeutschland. Fast die Hälfte des negativen Wanderungssaldos der neuen Bundesländer im SOEP wird von der Gruppe der unter 20jährigen verursacht.

#### ***Auszubildende: Humankapitalabfluß oder -aufbau?***

Ein Ausdruck der starken Abwanderung junger Personen unter 20 Jahren sind neben den in der Familie mitziehenden Kindern die den Gebietsteil wechselnden Auszubildenden. So repräsentiert das SOEP von 1990 bis 1997 rund 40.000 junge Leute von 16 bis 20 Jahren, die zur Berufsausbildung in die alten Bundesländer gehen.<sup>34</sup>

Diese ausbildungsbedingte Wanderung kann nicht eindeutig einem Zu- oder Abfluß von Humankapital zugeordnet werden. Die Abwanderung von Kindern und Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluß stellt vorerst keinen meßbaren Humanka-

pitalabfluß dar. Die Jugendlichen sind räumlich mobil, um eine Berufsausbildung zu erhalten. Wenn sie nach erfolgter Ausbildung in die neuen Bundesländer zurückkehren, leisten sie einen Beitrag zur Erhöhung am Humankapitalstock Ostdeutschlands.

Auf der anderen Seite ist es bei den derzeitigen Arbeitsmarktchancen nicht unwahrscheinlich, daß ein bedeutender Teil länger oder dauerhaft in den alten Bundesländern verbleibt. Sollte sich diese Entwicklung wie auch die einseitige Abwanderung bei den Kindern fortsetzen, ist mit einer forcierten Verschiebung der Altersstruktur Ostdeutschlands hin zu den Älteren zu rechnen.

#### ***Charakter der Migration im Zeitverlauf verändert***

Die Wanderungen zwischen den alten und neuen Bundesländern lassen sich in zwei unterschiedliche Phasen einteilen. Die Migration im Zeitraum 1989 bis 1991 war durch die Dominanz der Ost-West-Richtung mit einem hohem Anteil sogenannter spekulativer Migration<sup>35</sup> gekennzeichnet. In diesem Zeitraum entstanden 80 vH des gesamten Wanderungsverlustes Ostdeutschlands bis heute.

Im Datensatz des SOEP ist die große Abwanderungswelle zur Wende unterrepräsentiert. Die erste Befragung in Ostdeutschland begann im Frühsommer 1990, als bereits 500-600.000 Ostdeutsche Richtung alte Bundesrepublik verzogen waren. Der Wanderungssaldo des SOEP ist entsprechend geringer.

Seit 1992 hat die Binnenmigration eine andere Struktur. Es ist eine starke Tendenz zum Ausgleich beider Wanderungsströme zu beobachten, wenn auch der Saldo der neuen Bundesländer bis zuletzt leicht negativ blieb. Die Entwicklung der Wanderungsströme spricht für eine „Normalisierung“ der Binnenwanderung ohne hohe Bevölkerungsverluste für eine Region (vgl. Tabelle 3). Somit kann es durch den Zufluß von Humankapital aus den alten Bundesländern zu einem Ausgleich (oder gar Zuwachs) an Humankapital in Ostdeutschland kommen.

Aus Tabelle 4 wird ersichtlich, daß mehrheitlich Personen in die neuen Bundesländer ziehen, die 1990 ihren Hauptwohnsitz in der DDR hatten. Etwa die Hälfte der West-Ost-Migration speist sich

<sup>33</sup> Tatsächlich ergibt ein Chi-Quadrat-Anpassungstest der Altersanteile auf Basis des SOEP an die Altersverteilung der Gesamtwanderungsströme, daß die Nullhypothese der gleichen Verteilung bei der West-Ost-Migration mit der Gesamtmigration nicht angenommen werden kann, wohl jedoch bei der entgegengesetzt gerichteten Migration aus den neuen Bundesländern.

<sup>34</sup> Fälle von Personen, die von Westdeutschland zur Berufsausbildung in die neuen Ländern gehen, sind im SOEP nicht enthalten.

<sup>35</sup> Bei spekulativer Migration erfolgt zuerst die Wanderung und danach die Suche nach einem Arbeitsplatz. Sie ist relativ schnell der „Vertragsmigration“ gewichen, die das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes/Ausbildungsplatzes in der Zielregion voraussetzt und für Binnenmigration eher typisch ist. Vgl. FRANZ, W. (1996): Arbeitsmarktökonomik, S. 215.

aus ostdeutschen Rückkehrern. Die Zuwanderung von Westdeutschen in die neuen Bundesländer ist damit geringer, als es die Migrationszahlen aus den alten in die neuen Bundesländer vermuten lassen.<sup>36</sup>

Tabelle 3:  
Mittlerer Umfang der Binnenmigration in beiden Wanderungsphasen pro Jahr  
- in 1.000 Personen -

Jahr	Ost-West-Wanderungen	West-Ost-Wanderungen	Saldo Neue Bundesländer
Durchschnitt 1989 – 1991	334	40	294
Durchschnitt 1992 – 1997	173	136	36

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1, 1997, Berechnungen des IWH (Differenzen durch Rundung).

Tabelle 4:  
Umfang der Binnenmigration 1990 bis 1997, hochgerechnet nach dem SOEP  
- in 1.000 -

	Migrationsrichtung		Migrationsbewegungen gesamt
	von Ost nach West	von West nach Ost	
Westdeutsche (Stichprobe A + B)	36 (3,7 vH)	236 (40,7 vH)	272 (17,5 vH)
Ostdeutsche (Stichprobe C)	929 (95,0 vH)	298 (51,2 vH)	1 227 (78,7 vH)
<i>Nachrichtlich:</i> (deutschstämmige) Zuwanderer (Stichprobe D)	13 (1,3 vH)	47 (8,1 vH)	60 (3,8 vH)
Gesamt	978 (100 vH)	581 (100 vH)	1 559 (100 vH)

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, 1990 - 1997, Berechnungen des IWH.

### **Humankapitalabfluß in der ersten Wanderungsphase**

Die Ermittlung der qualitativen Humankapitalstruktur erfordert ein Maß für Wissen bzw. Kenntnisse. Auf der Individualebene ist Humankapital am ehesten mit formalen Bildungsabschlüssen operationalisierbar. Die Ausbildungsabschlüsse werden

<sup>36</sup> Auch Hinrichs (1997) verweist auf den „nachhaltigen Rückgang der Ost-West-Umzüge und eine starke Zunahme der West-Ost-Umzüge bei noch fortdauernder Stabilität des Musters 'West bleibt in West' und 'Ost geht nach West'“, vgl. HINRICHS, W. (1997), a. a. O.

(für Schule wie Beruf) vereinfachend in je drei Stufen (gering, mittel, hoch) eingeteilt.<sup>37</sup>

Dabei bleiben notgedrungen Bildungsaspekte wie Talente, Erziehung, Entwertung von Wissen, Berufserfahrung und Ähnliches unberücksichtigt. Der Aufbau systemspezifischen Humankapitals (Betriebsstruktur, Produktionsverfahren, Absatz/Vertrieb, Sprachkenntnisse, Rechtssystem) in den neuen Bundesländern kann in diesem Rahmen nur insoweit berücksichtigt werden, wenn er z. B. mit FuU-Maßnahmen zu formalen Bildungsabschlüssen geführt hat. Tendenziell ist die Zuwanderung aus den alten Bundesländern mit systemspezifischem Humankapital verbunden.

Unter der Annahme, daß die Qualifikationsstruktur der Migranten aus den Befragungswellen 1990 und 1991 der gesamten Abwanderung der Jahre 1989 bis 1991 entspricht, werden die Zahlen des SOEP hochgerechnet (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5:  
Qualifikationsstruktur der Ost-West-Migranten im erwerbsfähigen Alter, 1989 bis 1991

		Ost-West-Richtung		<i>Nachrichtlich:</i> Gesamtbevölkerung Neue Bundesländer (1990) Anteile in vH
		absolut in 1.000	Anteile in vH	
Schulabschluß	gering	106	13,3	35,1
	mittel	484	60,9	51,3
	hoch	205	25,8	13,6
Berufsabschluß	keinen	104	13,3	15,2
	mittel	566	72,6	77,4
	hoch	110	14,1	7,4

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, 1990 und 1991, Berechnungen des IWH.

<sup>37</sup> Schulabschluß: gering = ohne Abschluß oder Hauptschulabschluß, mittel = Realschul- oder sonstiger Abschluß, hoch = Fachhochschulreife oder Abitur, berufliche Qualifikation: niedrig = keine abgeschlossene Berufsausbildung, mittel = erfolgreicher Abschluß einer Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Gesundheitswesen, Fachschule, Beamtenausbildung, hoch = Fachhochschul- und Hochschulabschluß. Die in der DDR erworbenen Abschlüsse sind nicht immer mit den bundesdeutschen vergleichbar, durch die relativ grobe Systematisierung wirkt sich der Fehler jedoch nur wenig aus.

Tabelle 6:

## Qualifikationsstruktur der Migranten im erwerbsfähigen Alter 1992 bis 1997

		Ost-West-Richtung		<i>Nachrichtl.:</i> Gesamtbevölkerung Neue Bundesländer (1997) Anteile in vH	West-Ost-Richtung		<i>Nachrichtl.:</i> Gesamtbevölkerung Alte Bundesländer (1997) Anteile in vH	Saldo Neue Bundesländer absolut in 1.000
		absolut in 1.000	Anteile in vH		absolut in 1.000	Anteile in vH		
Schulabschluss	gering	116	26,4	29,4	105	25,0	48,3	-11
	mittel	232	52,7	54,3	180	43,1	32,1	-52
	hoch	92	20,9	16,3	134	31,9	20,6	+42
Berufsabschluss	keinen	78	17,6	12,5	66	15,3	26,1	-12
	mittel	312	70,4	77,3	284	66,3	61,4	-28
	hoch	53	12,0	10,2	79	18,4	12,5	+26

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, 1992 – 1997, Berechnungen des IWH.

Allein die Größenordnung illustriert den enormen Verlust des ostdeutschen Humankapitalbestands. So sind allein über 200.000 Personen mit Abitur abgewandert. Die gesamte Zuwanderung aus Westdeutschland betrug im betrachteten Zeitraum dagegen nur 121.000 Personen.<sup>38</sup> Daneben wird aus Tabelle 5 deutlich, daß diese Migranten weit überdurchschnittliche Abschlüsse gegenüber der gesamten ostdeutschen Bevölkerung aufweisen.

#### **Wanderungen seit 1992 mit Humankapitalrückfluß**

Die starke Abwanderung aus Ostdeutschland zur Wende kann als singuläres Ereignis betrachtet werden. Bereits seit 1992 hat die Binnenwanderung eine andere Struktur. Quantitativ gibt es nur noch einen leicht negativen Wanderungssaldo für die fünf neuen Bundesländer. Negativ ist der Saldo vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Die Zahl der Umzüge von Personen im erwerbsfähigen Alter ist fast ausgeglichen.

Die Qualifikation der nach Ostdeutschland zuwandernden Personen im erwerbsfähigen Alter ist bezüglich der Schul- wie auch Berufsabschlüsse weit höher als der Durchschnitt in der Herkunfts- wie auch der Zielregion (vgl. Tabelle 6). Die Bildungsstruktur der nach Westen wandernden Personen ist hinsichtlich der Schulabschlüsse ebenfalls überdurchschnittlich. Sie entspricht jedoch weitge-

hend der der ostdeutschen Bevölkerung bei den beruflichen Qualifizierungen (vgl. Tabelle 6). Diese Diskrepanz läßt sich hinsichtlich des Alters der ostdeutschen Migranten (häufig etwa 20 Jahre) erklären: sie haben zwar einen Schulabschluß, jedoch noch keinen adäquaten beruflichen Abschluß erworben.

Da die Differenz aus Zu- und Fortzügen von Personen im erwerbsfähigen Alter nur noch gering ist, sind die Salden der einzelnen Qualifikationsstufen ebenfalls klein. Durch die besonders starke Zuwanderung von Personen mit Abitur bzw. (Fach-)Hochschulabschluß nach Ostdeutschland ist hier sogar ein Humankapitalrückfluß durch hochqualifizierte Personen zu beobachten (+42.000 Personen mit Abitur, +26.000 mit FH- oder Universitätsexamen, vgl. Tabelle 6). Dieser Effekt ist allerdings nicht so stark, um bereits den Initial- effekt der der zur Wende aus Ostdeutschland Fortgewanderten wieder auszugleichen. Der Humankapitalabfluß aus Ostdeutschland kann jedoch als gestoppt betrachtet werden.

Wolfram Kempe  
(wke@iwh.uni-halle.de)

<sup>38</sup> Eine Analyse der west-ostdeutschen Migration macht wenig Sinn, da im interessierenden Zeitraum in dieser Richtung nur fünf Umzüge im SOEP registriert sind.

## Branchenskizze: Ostdeutsche elektrotechnische Industrie

Die elektrotechnische Industrie – hier begrenzt auf die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie spezieller elektrischer Ausrüstungen und Erzeugnisse<sup>39</sup> – war, wie die meisten Industriezweige in Ostdeutschland, nach der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion stark geschrumpft. Seit 1994 befindet sie sich auf einem Wachstumspfad. Ihre Produktion hat sich, gemessen am Produktionsindex, von 1995 bis 1998 um reichlich ein Fünftel erhöht (vgl. Tabelle). Im Jahr 1998 erwirtschafteten die über 300 Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten einen Umsatz von 7,7 Mrd. DM; das entspricht einem Anteil am Umsatz der gesamten Branche in Deutschland von 6 vH. Fünf Sechstel des Umsatzes wurden im Inland Erlöst. Damit waren die Unternehmen, wie die Jahre zuvor, besonders von der Entwicklung der Binnennachfrage abhängig. Zum Vergleich: Die entsprechenden Unternehmen in Westdeutschland erzielten 1997 und 1998 Exportquoten von 35,4 bzw. 36,1 vH. Ein Drittel des 1998er Umsatzes (in Westdeutschland die Hälfte) resultierte aus dem Verkauf von Elektrizitätsverteilungs- und -schaltanlagen.

Die Mehrzahl der Unternehmen der elektrotechnischen Industrie war nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung im Jahr 1990 nicht wettbewerbsfähig. Die Folge waren, neben der frühzeitigen Stilllegung einzelner Betriebe, drastische Produktionseinbrüche und steigende Verluste, die wiederum zu teils kräftigem Personalabbau zwangen. So fielen im Stammwerk des Berliner Kabelwerkes Oberspree (KWO) bis Ende 1991 rund 3.400 der ehemals 5.800 Arbeitsplätze weg. Die Privatisierung der Unternehmen, wodurch etwa ein Drittel in westdeutsches oder ausländisches Eigentum gelangte, führte dazu, daß die Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beschleunigt wurden. Z. B. investierten die Betriebe zur Erneuerung ihrer Anlagen im Zeitraum von 1991 bis 1998 insgesamt ca. 2,3 bis 2,5 Mrd. DM.

Pro Beschäftigten (im Jahr 1998) war das allerdings immer noch rund ein Fünftel weniger als die Investitionen der Elektrotechnikbetriebe in Westdeutschland. Die Kapitalintensität erreichte 1998 im Schnitt erst etwa 50 bis 60 vH des westdeutschen Branchenniveaus. Die Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe wurde auch durch die in einem Stufenplan vereinbarten Schritte zur Tariflohnangleichung an das Niveau der Betriebe in Westdeutschland beeinträchtigt. Weltweite Überkapazitäten auf Teilmärkten, ein zunehmender Wettbewerbsdruck ausländischer Anbieter und Rezessionsphasen in Westdeutschland – die Konjunkturabhängigkeit von der westdeutschen Wirtschaft nahm zu – dämpften überdies die Wachstumsmöglichkeiten. Zahlreiche Unternehmen gerieten deshalb in Liquiditätsprobleme und mußten zum Teil aufgeben. Allein die Zahl der Gesamtvollstreckungsverfahren belief sich von 1995 bis 1998 auf knapp 100 Fälle (410 in der gesamtdeutschen Elektrotechnik). Die ungenügende Rentabilität ist eines der Hauptprobleme der Unternehmen der ostdeutschen elektrotechnischen Industrie. Nach den letztmalig für 1996 veröffentlichten amtlichen Daten haben besonders die Elektromotoren-, Generatoren- und Transformatorenproduzenten mit Verlusten zu kämpfen (vgl. Tabelle).

Am weitesten fortgeschritten in der Wettbewerbsfähigkeit sind die Unternehmen, die elektrische Ausrüstungen, u.a. für die Kraftfahrzeugindustrie, herstellen. Diese Unternehmen erwirtschafteten im Schnitt 1996 zum ersten Male einen Gewinn. 1997 und 1998 steigerten sie die Umsätze um 23 bzw. 31 vH. Die verbesserte Marktposition und die hohe Nachfrage führten dazu, daß 1998 auch zum ersten Male die Beschäftigung (um rund 7 vH) ausgeweitet wurde. Zweistellige Umsatzwachstumsraten und eine Erhöhung der Beschäftigung erzielten in den letzten beiden Jahren außerdem die Lampen- und Leuchtenhersteller. Diese Entwicklungen haben mit dazu beigetragen, daß sich der Beschäftigungsabbau in der ostdeutschen elektrotechnischen Industrie insgesamt erheblich abgeflacht hat.

*Siegfried Beer*  
(sbr@iwk.uni-halle.de)

<sup>39</sup> Die Elektrotechnik wird häufig weiter gefaßt. Aufgrund der Datenlage und der teilweise deutlich abweichenden Entwicklung in weiteren Produktgruppen (z. B. Produktion elektronischer Bauelemente) wurde diese Aggregationsebene gewählt. Sie ist identisch mit der Abteilung 31 der gültigen Wirtschaftszweignklassifikation.



Tabelle:

Die ostdeutsche elektrotechnische Industrie<sup>a</sup> 1995 bis 1998 in amtlichen Daten

		ME	1995	1996	1997 <sup>b</sup>	1998 <sup>b</sup>
I.	<b>Ausgewählte Kenndaten</b>					
1.	Betriebe	Anzahl	323	321	327	327
2.	Beschäftigte <sup>c</sup>	1.000 Pers.	40,9	37,6	35,2	34,6
3.	Produktionsindex (1995=100)	vH	100,0	104,2	114,6	122,4
4.	Umsatz insgesamt <sup>d</sup>	Mio. DM	6.765	6.748	6.869	7.663
4.1.	Inlandsumsatz <sup>d</sup>	Mio. DM	6.170	6.041	5.843	6.399
4.2.	Auslandsumsatz <sup>d</sup>	Mio. DM	595	707	1.025	1.264
	<i>Exportquote</i>	<i>vH</i>	<i>8,8</i>	<i>10,5</i>	<i>14,9</i>	<i>16,5</i>
5.	Bruttowertschöpfung <sup>e*</sup>	Mio. DM	1.526	1.482	.	.
	<i>Vorleistungsquote</i> <sup>*</sup>	<i>vH</i>	<i>68,3</i>	<i>66,9</i>	.	.
6.	Bruttoanlageinvestitionen	Mio. DM	396	367	294	.
II.	<b>Produktionssparten mit hohen Umsatzanteilen:</b>					
	- Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen	vH	48,1	47,6	34,2	33,1
	- elektrische Ausrüstungen, u.a. für Fahrzeuge	vH	20,0	19,9	24,2	28,4
	- Elektromotoren, Generatoren u. Transformatoren	vH	13,9	13,7	14,7	15,9
III.	<b>Anteile am Verarbeitenden Gewerbe<sup>f</sup>:</b>					
	Beschäftigte	vH	7,0	6,7	6,3	6,1
	Umsatz	vH	5,6	5,4	4,9	5,0
	Auslandsumsatz	vH	4,0	4,5	4,9	4,5
	Bruttowertschöpfung	vH	4,5	4,3	.	.
	Bruttoanlageinvestitionen	vH	2,7	2,5	2,1	.
IV.	<b>Ausgewählte Ost/West-Vergleichsdaten:</b>					
1.	Arbeitsproduktivität <sup>g*</sup>	O 1.000 DM	53,7	57,9	.	.
		W 1.000 DM	100,1	107,3	.	.
	<i>Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren</i> O	<i>1.000 DM</i>	<i>44,7</i>	<i>49,5</i>	.	.
		W <i>1.000 DM</i>	<i>86,9</i>	<i>91,7</i>	.	.
2.	Anteil der Kosten am Bruttoproduktionswert <sup>d*</sup>	O vH	107,0	105,7	.	.
		W vH	99,6	97,8	.	.
	<i>Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren</i> O	<i>vH</i>	<i>117,8</i>	<i>115,7</i>	.	.
		W <i>vH</i>	<i>98,5</i>	<i>99,2</i>	.	.
3.	Lohnstückkosten <sup>h*</sup>	O vH	81,7	81,6	.	.
		W vH	67,5	67,5	.	.
4.	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	O 1.000 DM	47,3	51,8	52,4	52,2
		W 1.000 DM	65,0	68,1	68,7	70,4
5.	Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten <sup>i</sup>	O 1.000 DM	9,8	10,2	8,5	.
		W 1.000 DM	9,0	9,5	9,5	.

<sup>a</sup> Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993; begrenzt auf die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie spezieller elektrischer Ausrüstungen und Erzeugnisse; Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, außer: \* Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – <sup>b</sup> Um Handwerksbetriebe erweiterter Betriebskreis. – <sup>c</sup> Einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger. – <sup>d</sup> Ohne Umsatzsteuer. – <sup>e</sup> Unbereinigt, in jeweiligen Preisen. – <sup>f</sup> Ohne Verlagsgewerbe und ohne Recyclinggewerbe. – <sup>g</sup> Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – <sup>h</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zur Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – <sup>i</sup> Beschäftigtenzahl, Stand: September des jeweiligen Jahres.

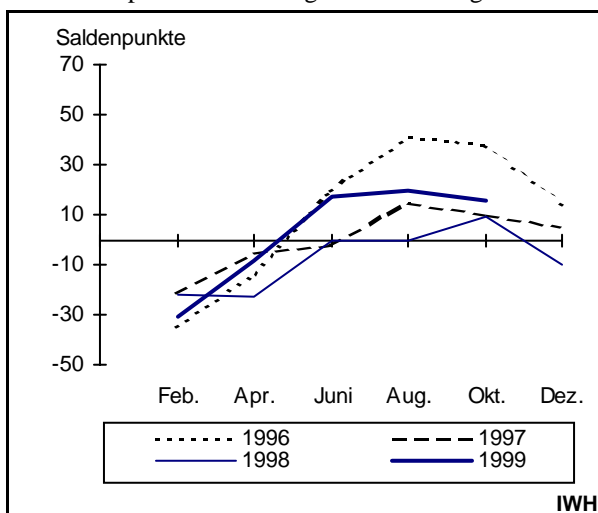
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

## Ostdeutsches Baugewerbe: Geschäftsaussichten über den Jahreswechsel hinaus stark abwärtsgerichtet

Nach den Ergebnissen der IWH-Umfrage unter mehr als 300 ostdeutschen Bauunternehmen hat sich das Baugeschäft im Oktober wie saisonüblich etwas abgeschwächt. Die aktuelle Geschäftslage wurde insbesondere von den befragten Tief- und Ausbaufirmen nicht mehr ganz so günstig eingeschätzt wie im Sommer. Im Hochbau verbesserte sich die Stimmung zwar leicht, der Indikator für die Geschäftslage erreicht aber nur das ohnehin niedrige Niveau vom Vorjahr. Von den insgesamt befragten Unternehmen bewerten 18 vH die aktuelle Geschäftssituation mit „gut“, 40 vH mit „eher gut“. Mehr als ein Drittel stuft die Lage im Oktober aber mit „eher schlecht“ und 8 vH sogar mit ausgesprochen „schlecht“ ein.

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe

- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

Die Geschäftsaussichten signalisieren allerdings eine deutlich stärkere Abwärtstendenz, die auch von den Auftragseingängen vorgezeichnet wird. So fiel laut amtlicher Statistik der Nachfragerückgang in saisonbereinigter Zweimonatsbetrachtung zuletzt zunehmend stärker aus. Das trifft mit Ausnahme des Straßenbaus auf alle Bereiche des Hoch- und auch Tiefbaus zu. Im Wohnungsbau wirken dabei Angebotsüberhänge besonders stark, zugleich werden aufgrund der Umstellung der Förderung vom Abschreibungs- auf das Investitions-

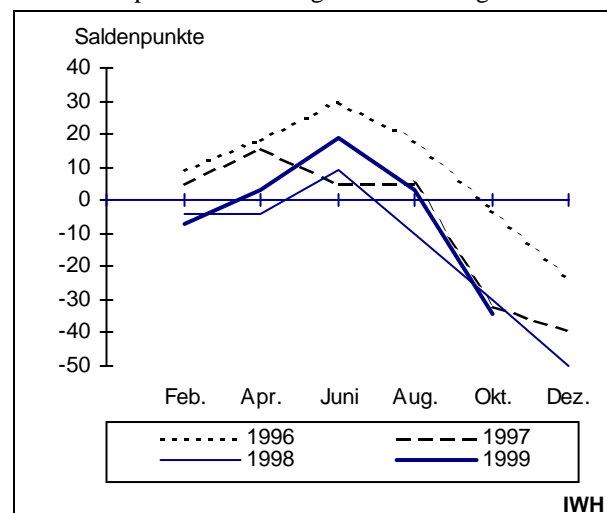
zulagenmodell weniger Modernisierungs- und Sanierungsleistungen nachgefragt. Am aktuellen Rand ist lediglich der Straßenbau mit einer nahezu stagnierenden Tendenz positiv hervorzuheben.

Alles in allem ist der Auftragsfluß stark abwärtsgerichtet. Bezogen auf den statistisch verfügbaren Achtmonatszeitraum liegen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe insgesamt um real 5 vH unter dem Vorjahresniveau, im Wohnungsbau sogar um 12 vH. Auch im Ausbaubereich bleibt der Abwärtstrend bestimmend. Allein der Straßenbau verzeichnet ein einprozentiges Auftragsplus gegenüber den acht Monaten des Vorjahres.

Angesichts dieser Gesamtkonstellation tendieren die Geschäftsaussichten laut Befragung über

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe

- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

den Jahreswechsel hinaus stark nach unten. Die Tatsache, daß der Saldo aus den optimistischen und pessimistischen Stimmen das Vorjahresniveau unterschreitet und zugleich den niedrigsten in einem Oktober erzielten Wert erreicht, dürfte auf ein anhaltendes Übergewicht der kontraktiven Kräfte auch im kommenden Jahr hindeuten.

*Brigitte Loose*  
(blo@iwh.uni-halle.de)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe - Oktober 1999  
- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Okt 98	Aug 99	Okt 99	Okt 98	Aug 99	Okt 99	Okt 98	Aug 99	Okt 99	Okt 98	Aug 99	Okt 99	Okt 98	Aug 99	Okt 99
	- in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -														
<b>Geschäftslage</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>18</b>	<b>39</b>	<b>45</b>	<b>40</b>	<b>42</b>	<b>37</b>	<b>34</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>20</b>	<b>16</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	14	9	16	40	47	40	43	41	36	3	3	7	8	12	13
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	15	11	18	42	42	39	42	44	36	1	3	7	14	7	14
Tiefbau	5	7	13	37	53	43	52	38	36	6	2	7	-16	20	13
Ausbaugewerbe	21	28	22	35	42	41	40	29	29	4	1	8	12	39	26
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	26	14	24	34	45	45	35	33	22	4	8	8	21	18	39
20 bis 249 Beschäftigte	17	17	19	38	44	39	42	37	33	4	2	8	9	22	17
250 und mehr Beschäftigte	0	12	6	47	53	44	53	35	44	0	0	6	-6	29	0
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	9	9	12	42	44	36	46	45	43	4	2	10	1	5	-5
Neugründungen	20	13	20	45	50	45	35	35	30	0	2	4	30	26	31
Bauhandwerk	23	24	27	32	42	41	42	31	27	4	3	6	9	32	35
<b>Geschäftsaussichten</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>6</b>	<b>27</b>	<b>43</b>	<b>27</b>	<b>52</b>	<b>46</b>	<b>57</b>	<b>13</b>	<b>3</b>	<b>10</b>	<b>-30</b>	<b>3</b>	<b>-34</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	6	6	6	31	43	25	52	48	60	11	3	10	-26	-2	-39
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	5	6	5	34	42	26	53	48	60	8	5	8	-22	-4	-37
Tiefbau	6	5	7	22	45	22	55	49	58	17	1	12	-45	0	-41
Ausbaugewerbe	14	13	7	16	43	32	54	43	53	16	2	9	-40	12	-23
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	12	8	11	29	44	33	46	37	43	13	12	13	-18	4	-13
20 bis 249 Beschäftigte	9	9	6	25	43	27	54	46	58	12	2	10	-32	4	-35
250 und mehr Beschäftigte	0	12	5	35	35	17	53	53	72	12	0	6	-29	-6	-56
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	5	4	3	27	41	26	57	53	60	11	2	10	-38	-10	-41
Neugründungen	12	10	7	41	45	33	36	45	49	12	0	10	5	10	-19
Bauhandwerk	11	12	10	21	43	23	54	40	59	15	5	7	-37	10	-33

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Oktober 1998 vorläufig. - <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.